



Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

Jahresbericht

2010 / 2011

Allen, die mit ihren Beiträgen und ihrem Engagement die Arbeit der eaf in diesem Jahr unterstützt haben, danken wir sehr.

Christel Riemann-Hanewinckel
Präsidentin

Dr. Insa Schöningh
Bundesgeschäftsführerin

Redaktion:
Dr. Insa Schöningh
Sabine Mundolf
Esther-M. Ullmann-Goertz
Beate Wolter

eaf
Bundesgeschäftsstelle
Auguststraße 80
10117 Berlin
Tel. 0 30 / 2 83 95 - 4 00
Fax 0 30 / 2 83 95 - 4 50

Der Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2011
Redaktionsschluss: 27. Juli 2011

INHALTSVERZEICHNIS

| | Seite |
|--|-------|
| 1. FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN 2010/2011 | 3 |
| 2. TÄTIGKEIT der eaf | |
| 2.1 Präsidium | 10 |
| 2.2 Fachausschüsse | 11 |
| 2.3 Bundesgeschäftsstelle | 12 |
| 2.4 Nominierungsausschuss | 12 |
| 2.5 Runder Tisch – interne AG der eaf | 12 |
| 3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT | |
| 3.1 Stellungnahmen / Anhörungen | 13 |
| 3.2 Fachgespräche | 15 |
| 3.3 Fachtagungen | 15 |
| 3.4 Neugestaltung der Website der eaf | 16 |
| 3.5 Veröffentlichungen | 17 |
| 4. KOOPERATIONEN | |
| 4.1 Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e. V. | 21 |
| 4.2 Mitarbeit in Gremien | 22 |
| 4.3 Kooperationstagungen | 26 |
| 4.4 Mitwirkungen (Tagungen, Seminare) / Medien | 27 |
| 5. LANDESARBEITSKREISE | |
| 5.1 Konferenz und Arbeitstreffen | 30 |
| 5.2 Tätigkeitsberichte der Landesarbeitskreise/Landesverbände | 30 |

1. FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN 2010/2011

„Zeit“ als familienpolitisches Thema hat im letzten Jahr deutlich an Bedeutung gewonnen. Der in Arbeit befindliche achte Familienbericht wird sich ausführlich damit beschäftigen, Anfang 2012 ist mit der Veröffentlichung des Berichtes zu rechnen. Zeit ist auch ein Thema des geplanten Familienpflegezeitgesetzes. Pfllegenden Angehörigen soll die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit ermöglicht werden – nach dem vorliegenden Entwurf des BMFSFJ allerdings ohne Rechtsanspruch auf die Pflegezeit und finanziert durch die Pfllegenden selbst. Lediglich die finanziellen Einbußen werden über einen längeren Zeitraum gestreckt. Auch wenn die Leistungen und Vereinbarkeitsprobleme Pflgender damit in den Blick gerückt sind, bleibt der Entwurf doch deutlich hinter dem Notwendigen und den Erwartungen zurück. Die eaf hat den Referentenentwurf des Gesetzes in ihrer Stellungnahme vom 10. März 2011 deutlich kritisiert – ebenso wie viele andere Verbände auch.

Kinderschutz

Kinderschutz war und ist ein anderes wichtiges politisches Thema sowohl des letzten und auch des kommenden Jahres. Nach der Aufdeckung zahlreicher meist schon länger zurückliegender Fälle sexualisierter Gewalt in Internaten, Schulen und Einrichtungen wurde der „Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ von drei Ministerien (BMFSFJ, BMJ, BMBW) einberufen. Christel Riemann-Hanewinkel vertritt die eaf in diesem Gremium. Der „Runde Tisch“ hat im Dezember 2010 einen Zwischenbericht vorgelegt. Erste aus den Beratungen resultierende Gesetzesvorhaben sind auf den Weg gebracht. Drei Arbeitsgruppen haben die Ministerien eingerichtet, jeweils thematisch gegliederte Unterarbeitsgruppen wurden außerdem notwendig. Die eaf nimmt an allen drei AGs teil. Um die verschiedenen Bereiche zu koordinieren und von außen den notwendigen Sachverstand einzuholen, hat die eaf einen „internen Runden Tisch“ organisiert, um die Beratungen zu koordinieren. Die eaf hat sich besonders bei den Themen „Weiterentwicklung des Beratungsnetzwerks“ und „Richtlinien zur Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden“ engagiert. Zum Jahresende wird der Runde Tisch seine Arbeit mit dem Abschlussbericht und entsprechenden Empfehlungen an die Politik beenden.

Als Reaktion auf das Öffentlichwerden der zahlreichen Fälle von sexualisierter Gewalt hat die Bundesregierung im April 2010 Familienministerin a. D. Dr. Christine Bergmann als „Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs“ eingesetzt und gleichzeitig eine Anlaufstelle für Betroffene eingerichtet. Im Mai 2011 hat die Beauftragte einen umfangreichen Abschlussbericht mit zahlreichen Empfehlungen vorgelegt. Die telefonische Hotline der Stelle war telefonisch und schriftlich erreichbar. Es gab fast 5.000 telefonische oder schriftliche Kontakte durch ca. 3.000 Personen. Menschen zwischen 6 und 89 Jahren haben sich als Betroffene gemeldet, das Durchschnittsalter lag bei 47 Jahren. Die Mehrheit von ihnen hat vorher nie über die erlittene sexualisierte Gewalt gesprochen. Durch die politische Debatte, das Einrichten der Stelle der unabhängigen Beauftragten, ihr öffentliches Auftreten in den Medien, bei Kirchentagen und die stark beachtete Arbeit des Runden Tisches scheint endlich eine gesellschaftliche Enttabuisierung stattzufinden. Durch die zunehmende Berichterstattung, die Kampagne der Missbrauchsbeauftragten „Reden hilft“ wurde den Betroffenen deutlich, dass sie nicht alleine mit ihren extremen Gewalterfahrungen sind und dass es Anlaufstellen für Gespräche und Beratung gibt. Die gestiegene Aufmerksamkeit gegenüber sexualisierter Gewalt und der Bruch des Tabus können es Betroffenen in Zukunft leichter machen, sich Beratung und Hilfe zu ho-

len. Für potentielle Täter bedeutet es, dass sie nicht mehr auf die Tabuisierung und ein damit verbundenes Schweigen der Betroffenen und/oder der Gesellschaft setzen können. Nur die Täter profitieren vom Verschweigen.

Dass Reden dringend Not tut, zeigt eine im Juli 2011 veröffentlichte Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) zu Vorfällen von sexueller Gewalt in Schulen und Heimen. Die Unabhängige Beauftragte hatte diese Studie initiiert. Insbesondere in Heimen gibt es einen hohen Prozentsatz von Kindern und Jugendlichen mit Erfahrungen sexualisierter Gewalt. Gegenwärtig nimmt Gewalt auch zwischen den Jugendlichen zu, nicht nur in den Institutionen selbst, sondern auch in ihrem Umfeld. Angehörige pädagogischer Berufe benötigen unbedingt mehr Wissen und Strategien im Umgang mit möglichen Tätern und Opfern sexualisierter Gewalt, damit sie mögliche Gefährdungen leichter erkennen und den Kindern und Jugendlichen angemessen helfen können.

Auch innerhalb der EKD ist zunächst ein „Austausch Missbrauchsofferhilfe“ eingerichtet worden. Dies sollte ein Forum des Austauschs der landeskirchlich Verantwortlichen für Fälle sexualisierter Gewalt bieten. Die Gleichstellungsbeauftragten der Landeskirchen sind in der Mehrzahl die Ansprechpartnerinnen. Sie berieten über den Umgang mit Betroffenen; ebenso wurden Handlungsmöglichkeiten und die Strukturen innerhalb der Landeskirchen verbessert. Auf Beschluss der EKD-Synode im November 2010 ist aus diesem Austausch eine ständige „Konferenz Prävention, Intervention und Hilfe bei Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung“ (PIHK) geworden. Die Konferenz hat die „Hinweise für den Umgang mit Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung durch Mitarbeitende im kirchlichen Dienst“ (früher: „Hinweise der EKD zum Umgang mit sexuellem Missbrauch“) erarbeitet. Mitglieder des Runden Tisches der eaf sind auch Teilnehmende dieser Konferenz, so dass der Austausch von Informationen gewährleistet ist.

Parallel zum „Runden Tisch Sexueller Missbrauch“ wird das Bundeskinderschutzgesetz diskutiert. Der Referentenentwurf lag Anfang 2011 vor, die eaf hat dazu kritisch Stellung genommen. Den Entwurf der Bundesregierung hat der Bundesrat in vielen Punkten kritisiert, die sich zum Teil mit der Kritik der Verbände decken. Inzwischen hat die erste Lesung im Bundestag stattgefunden. Vermutlich wird es eine Anhörung im federführenden Ausschuss geben. Wir können gespannt sein, ob es zum Jahresende ein Kinderschutzgesetz geben wird.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (StORMG) greift ebenfalls Empfehlungen auf, die der Runde Tisch erarbeitet hat. Im Gesetzentwurf wird unter anderem die Vermeidung von Mehrfachvernehmungen, eine Ausweitung der Opferanwaltbestellung und die Stärkung von Verletztenrechten vorgeschlagen. Außerdem soll die Verjährungsfrist zivilrechtlicher Schadensersatzansprüche, so wie der Runde Tisch es empfohlen hat, zugunsten der Opfer sexuellen Missbrauchs auf 30 Jahre verlängert werden.

Kinderschutz ist auch innerhalb der Modellprojekte des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) ein Thema. Erprobt werden verschiedene Formen von Unterstützungsangeboten für Eltern mit Neugeborenen und Kindern bis zu drei Jahren. Aber auch außerhalb von Modellprojekten sind viele Kommunen im Bereich früher Hilfen aktiv geworden. Aus einer Befragung von Jugend- und Gesundheitsämtern geht hervor, dass fast alle befragten Ämter eine Verbesserung der Früherkennung von Familien in Problemlagen berichten. Ob die Früherkennung dann auch zu entsprechender Unterstützung und in Folge zu einer Verbesserung des Kinderschutzes führt, lässt sich erst später beurteilen. Das Statistische Bun-

desamt verzeichnet von Jahr zu Jahr eine ansteigende Zahl von Inobhutnahmen. Dies ist sicherlich auch eine Folge größerer Achtsamkeit, verbunden aber auch mit der Bereitschaft, früher einzugreifen. Inobhutnahme ist sozusagen die „Feuerwehr des Kinderschutzes“. Das Ziel muss aber sein, diese zu reduzieren und die Eltern so zu stärken und zu unterstützen, dass sie die Erziehung selbst bewältigen. Im Rahmen des NZFH wurden auch Abläufe und Verfahren in den Kommunen untersucht. Ein Schwerpunkt war dabei die Vormundschaft. Durch spektakuläre Vorfälle von Kindesvernachlässigung und Misshandlung (z. B. Bremen: Kevin) wurde offenbar, dass einzelne Sachbearbeiter 200 und mehr Mündelfälle haben. Das sind viel zu viele, um sich adäquat um jedes Kind zu kümmern. Durch eine Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts ist die Zahl der zu betreuenden Kinder auf maximal 50 begrenzt worden.

Kinderrechte

Ein anderer Zugang zum Kinderschutz ist der Weg, die Rechte von Kindern zu stärken. Am 15. Juli 2010 wurde die letzte Hürde zur vollständigen Anerkennung der Kinderrechtskonvention der UN in Deutschland beseitigt: die Rücknahme des ausländerrechtlichen Vorbehalts. Ein Jahr später hat sich jedoch leider kaum etwas geändert, 16- und 17-jährige unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge werden nach wie vor wie Erwachsene ausländerrechtlich beurteilt und behandelt. Eine Novellierung des geltenden Ausländerrechtes müsste von der Regierung oder dem Parlament endlich erfolgen. In vielen Punkten ist die Kinderrechtskonvention immer noch nicht in nationales bzw. Länderrecht in Deutschland umgesetzt. So steht z. B. Flüchtlingskindern ein Drittel weniger an Leistungen im SGB-II-Bezug zu, Flüchtlingskinder müssen noch immer, wenn sie ein Gymnasium besuchen, damit rechnen, mit dem 18. Geburtstag die Schule verlassen zu müssen, weil das KJHG keine Leistungen mehr für sie erbringt. Die Jugendlichen sind vom Willen und Wollen der Jugendämter abhängig.

Deutsche Nichtregierungsorganisationen (in der National Coalition) haben mehrere Jahre dafür gekämpft, dass das Zusatzprotokoll der Individualbeschwerde auch für die Kinderrechtskonvention erarbeitet wird. Zusammen mit neun anderen Staaten liegt nun die Initiative für ein Individualbeschwerdeverfahren beim Menschenrechtsrat in Genf vor. Damit haben Kinder und Jugendliche ein individuelles Beschwerderecht bei Verletzung ihrer Rechte, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt sind. Das Individualbeschwerdeverfahren wird voraussichtlich im Dezember von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen werden. Anschließend müssten die einzelnen Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, auch dieses Zusatzprotokoll ratifizieren, erst dann ist es - z. B. in Deutschland - geltendes Recht.

Frühkindliche Bildung und Betreuung

Für 78 % der Bevölkerung ist Familie der wichtigste Lebensbereich, das hat der Monitor Familienleben 2010 festgestellt. Eine Frage der Untersuchung war, in welchen Bereichen die Bevölkerung familienpolitischen Handlungsbedarf sieht. Veränderungen sind danach notwendig bei der Verbesserung des Bildungssystems (64 %), der Förderung junger Familien (52 %) oder der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (48 %). Bei Familien mit Kindern unter 18 Jahren sind diese Politikbereiche noch deutlich bedeutsamer als in der Gesamtbevölkerung.

Eine Stellschraube für alle drei Ziele ist der Ausbau von Bildungs- und Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren, sowie der Ausbau von Ganztagsplätzen im Kindergartenbereich. Niemand bestreitet inzwischen mehr, dass schon lange vor Schuleintritt die Weichen für den Bildungsverlauf der Kinder gestellt werden. Die Zahl derer, die meinen, dass diese Weichen entschieden und ausschließlich in der Familie gestellt werden müssen, ist im ra-

santen Fall begriffen. Vielmehr ist die frühkindliche Bildung und Betreuung inzwischen in breiten Teilen der Bevölkerung als Notwendigkeit erkannt und Vielen geht der Ausbau vor Ort zu langsam voran. Auf diesem Hintergrund sind die immer noch vorhandenen Pläne für ein Betreuungsgeld wenig verständlich. Das Betreuungsgeld soll Eltern unterstützen, die keine öffentliche Betreuung ihrer ein- bis dreijährigen Kinder in Anspruch nehmen. Viel sinnvoller für die Kinder ist der weitere Ausbau einer familiengerechten Infrastruktur, die sowohl den Eltern im Blick auf die Vereinbarkeit dient als auch den Kindern im Blick auf gleichen Zugang und Perspektiven zu sozialer, kognitiver und emotionaler Bildung (siehe 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung 2005!!).

Im Sommer 2010 wurde der erste Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) vom Bundeskabinett verabschiedet. Nach den Ergebnissen des Zwischenberichts sind in den drei Altersjahrgängen vor dem dritten Geburtstag eines Kindes die Elternwünsche nach Betreuungsangeboten sehr unterschiedlich. Im ersten Lebensjahr ist die Betreuungsquote im Jahr 2009 auf 2,3 % zurückgegangen, während ein Fünftel der einjährigen und 40 % der zweijährigen Kinder Betreuungsangebote nutzten. Im Sommer 2011 verzeichnete der nunmehr zweite Zwischenbericht einen Stand von 23 % Bildungs- und Betreuungsplätzen für die Unter-Dreijährigen. Das Ausbauziel von 35 % bis zum Jahr 2013 ist daher nur erreichbar, wenn die Kommunen engagierter daran weiter arbeiten. Deutlich absehbar ist bereits, dass die Versorgung mit Plätzen regional sehr unterschiedlich ausfallen wird. Für eine bedarfsgerechte Versorgung werden die mit Mühe erreichten 35 % aber nicht reichen, denn schon jetzt wünschen sich etwa 39 % aller Eltern von Kindern unter drei Jahren einen Bildungs- und Betreuungsplatz für ihr Kind. Bezüglich der Ausbaudynamik ist leider Skepsis angesagt, denn bislang wurden fast ausschließlich die Gelder des Bundes abgerufen, während das Geld der Länder mancherorts nur sehr zögerlich an die Kommunen fließt.

Zwar ist auch das Bewusstsein gewachsen, dass es nicht nur um die Zurverfügungstellung von Plätzen gehen kann, sondern dass es sich auch um ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot handeln muss. Die Initiativen dazu sind jedoch nicht allzu zahlreich. Den Erzieherinnen und (wenigen) Erziehern wurden in den vergangenen Jahren viele zusätzliche Beobachtungs- und Dokumentationspflichten auferlegt, außerdem wurden die Erwartungen, Fortbildungsangebote wahrzunehmen, ausgeweitet. Der Personalschlüssel in den Einrichtungen wurde aber nur sehr selten erhöht. Viele Fachhochschulen bieten inzwischen Studiengänge für Erzieher und Erzieherinnen an, qualifiziertere Absolventinnen und Absolventen stehen zur Verfügung. Doch diese treffen auf die alte Tarifstruktur, ebenso wie die umfänglich weitergebildeten Fachkräfte. Das lockt viele dieser gut ausgebildeten Kräfte möglicherweise in andere Arbeitsbereiche, oder sie wandern gleich ins Ausland ab.

Die Sprach- und Integrationsförderung in Kitas soll allerdings durch ein neues Bundesprogramm geschehen, in dem explizit zusätzliche Personalmittel für entsprechend qualifizierte Erzieherinnen vorgesehen sind. Diese sollen 4000 sogenannten Schwerpunkt-Kitas, vorzugsweise in sozialen Brennpunkten, zugute kommen. Hoffen wir, dass es überhaupt so viele entsprechend ausgebildete Erzieherinnen gibt. Unter Gender-Gesichtspunkten sind die Initiativen des BMFSFJ, mehr junge Männer für den Erzieher-Beruf zu interessieren, zu sehen. Angesichts der Rahmenbedingungen dieses Berufes (wie geringe Bezahlung, wenig Weiterentwicklungsmöglichkeiten, häufig erzwungene Teilzeitarbeit) ist es fraglich, ob diese Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden.

Bildungspaket

Bildung steht auch im Mittelpunkt des sogenannten Bildungspakets, mit dem v. a. Kindern im SGB-II-Bezug mehr gesellschaftliche Teilhabe gesichert werden soll. Es war ein monatelanges Tauziehen zwischen Regierung und Oppositionsparteien um die Ausgestaltung und den Einbezug weiterer benachteiligter Gruppen bis das Paket, eigentlich eher ein Päckchen, endlich geschnürt war. Das Bildungspaket besteht aus vier Elementen, die individuell je unterschiedlich notwendig sind und finanztechnisch sehr verschieden abgerechnet werden: Lernförderung, Schulesen, Schulbedarf/Schülerbeförderung, gesellschaftliche Teilhabe (Sportvereine, Musikschule, Kreativkurse etc.). Damit sollen nicht nur Kinder im SGB-II-Bezug, sondern auch Kinderzuschlagsbezieher und -bezieherinnen, Kinder von Eltern, die Wohngeld beziehen und Kinder von Asylbewerbern gefördert werden. Neben den grundsätzlichen Bedenken, dass z. B. die Lernförderung eigentlich genuine Aufgabe der Schule ist, wie auch das Schulesen, das mittelfristig an allen Schulen kostenfrei angeboten werden sollte, stecken die Tücken wie so oft in der Umsetzung. Es müssen z. B. Leistungsvereinbarungen mit den Schulkantinenbetreibern abgeschlossen werden oder Lehrkräfte müssen bescheinigen, ob Lernförderung nötig ist und erfahren damit ganz nebenbei, welche Schülerinnen und Schüler im SGB-II-Bezug stehen. Die Veränderung vieler Verfahrensweisen auf kommunaler Ebene ist notwendig. Erste, noch unsystematische Erfahrungsberichte deuten darauf hin, dass zahlreiche neue Personalstellen in den Kommunen eingerichtet werden müssen, um den Erfordernissen des Bildungspakets Folge zu leisten. Damit wird das Bildungspaket administrativ zu einer sehr teuren Maßnahme. Das Geld wäre besser in die Strukturförderung investiert worden. Das ist fairer und nicht beschämend für Kinder und Jugendliche. Sachverständige schätzen, dass ca. 25 % des zur Verfügung gestellten Geldes von den Bürokratiekosten verschlungen wird. Vielerorts gibt es z. B. Bürgerstiftungen oder andere regional begrenzte Leistungen, mit denen Kindern z. B. der Besuch von Sportvereinen ermöglicht wurde. Dieses Engagement wird jetzt in andere Felder gelenkt. Überdies wird das Bildungspaket bis jetzt von den Berechtigten nur sehr zögerlich in Anspruch genommen.

Eigentlich war in Ergänzung des Bildungspakets auch noch die Einstellung von 3.000 Schul-Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern geplant, befristet bis 2013. Abgesehen davon, dass es gar nicht so viele Schul-Sozialarbeitskräfte auf dem Markt gibt, ist diese Absicht völlig in Vergessenheit geraten.

Das Bildungspaket für Kinder steht im Kontext der Neuberechnung der Regelsätze im SGB-II-Bezug als Konsequenz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010. Das Gericht hatte eine transparente Berechnung angemahnt. Die Neuberechnung im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums führte zu einer Erhöhung der Regelsätze um fünf Euro für Erwachsene, für Kinder kam es zu gar keiner monetären Erhöhung. Wohlfahrtsverbände und Opposition kritisierten, dass die Berechnung nach wie vor nicht transparent ist und die Rohdaten der Bundesregierung, aufgrund derer eigene Berechnungen durch die Verbände durchgeführt werden könnten, nicht offengelegt wurden.

SGB-II-„Abhängige“ und Kinderzuschlagsbeziehenden wurde das Elterngeld ab 2011 gestrichen. Bisher waren das frühere Erziehungsgeld bzw. das jetzige Elterngeld als Transferleistung von der Anrechnung ausgenommen. Das war seit den 70-er Jahren Konsens bei allen Parteien! Jetzt wird bei einer Leistung gespart, die vor allem für Alleinerziehende notwendig war. Davon waren sogar Eltern betroffen, die die „Verlängerungsoption“ gewählt haben und das Elterngeld „gestreckt“ hatten auf zwei Jahre. Falls sie rechtzeitig vor Jahresende 2010 widerrufen haben, konnten sie die Kürzung zwar abwenden, diese Infor-

mation wird jedoch nicht alle betroffenen Eltern erreicht haben. Von Kürzungen betroffen sind auch Eltern, die mehr als 1.240 Euro verdienen. Ihr Elterngeld beträgt zukünftig nur noch 65 % statt 67 % des vorherigen Nettolohns. Schließlich entfällt das Elterngeld für Spitzenverdiener (500.000 Verheiratete bzw. 250.000 für Alleinerziehende). Diese Einsparungen ergeben zusammen 600.000 Mio. Euro. Damit retten Eltern die Banken!

Rechtspolitische Entwicklungen

Auch rechtspolitisch gibt es einiges zu berichten: Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP war eine Änderung zum Unterhaltsvorschuss vereinbart worden. Zunächst wollte die Koalition das Bezugsende, das zzt. mit dem 12. Lebensjahr des Kindes endet, anheben auf das 14. Lebensjahr. An der Gesamtbezugszeit von maximal sechs Jahren sollte nichts geändert werden. Diese Pläne werden vorerst aus finanziellen Gründen nicht weiter verfolgt, heißt es seitens der Regierung. Notwendig wäre aber nicht nur die Ausweitung der Altersgrenze, sondern auch eine Verlängerung der Bezugsdauer.

Der naheheliche Unterhalt ist seit einigen Jahren Gegenstand von Reform- und Veränderungsbemühungen, meistens zum Nachteil von geschiedenen Frauen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2011 ist da eine Ausnahme. Eine Frau hatte geklagt, weil der ihr vom Gericht zugesprochene Unterhalt deutlich geringer ausfiel, als dies nach dem Maßstab der ehelichen Verhältnisse hätte sein dürfen. Die Frau hat eine typisch westdeutsche Biografie: Sie hatte ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie eingeschränkt oder ganz aufgegeben. Der Ehemann war ununterbrochen in Vollzeit erwerbstätig, er hat also keine Einschränkungen zugunsten familiärer Verpflichtungen auf sich genommen. Genau für diese Fälle aber ist der naheheliche Unterhalt „zum Ausgleich ehebedingter Nachteile“ entwickelt worden.

Die EU hat eine neue Richtlinie in Kraft gesetzt, nach der auch selbstständig erwerbstätigen Frauen und mitarbeitenden Ehe- und Lebenspartnerinnen Mutterschutz von mindestens 14 Wochen zusteht, ebenso auch Mutterschutzleistungen. Diese Richtlinie muss innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. Eine Ausweitung der Mutterschutzmindestzeit (8 Wochen) nach der Geburt eines Kindes, die ebenfalls von der EU geplant war, scheiterte dagegen – nicht zuletzt am Widerstand Deutschlands, das kontraproduktive Wirkungen in Verbindung mit dem Elterngeld befürchtete.

Die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften ist steuerlich ein Stück vorangekommen: Lebenspartner und -partnerinnen sind im Erb- und Schenkungssteuerrecht Ehen gegenüber gleichgestellt, ebenso im Rentenrecht.

Im Steuervereinfachungsgesetz waren einige Verbesserungen für Familien geplant (wie bessere Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, Vereinfachung der Beantragung von Kindergeld bei Kindern ab 16 Jahren), allerdings scheiterte dieses Vorhaben im Juni im Bundesrat. Die Länder befürchteten Nachteile durch die vorgesehene Möglichkeit, im Zwei-Jahresrhythmus den steuerlichen Ausgleich zu beantragen.

Relativ unbeachtet blieb ein langer Streit um Verbesserungen beim BAföG. Über den Vermittlungsausschuss wurden die geplanten Änderungen dann doch angenommen. Sie sehen die Erhöhung der Bedarfssätze um 10 % und die Steigerung der Einkommensfreibeträge um 3 % vor. Die Altersgrenze für Studierende in Masterstudiengängen wurde auf 35 Jahre angehoben, eine angesichts der seit Jahren postulierten „Gesellschaft des lebenslangen Lernens“ ist das ein überfälliger Schritt. Diese Reformen führen zu einer geringfügigen

Steigerung der Anspruchsberechtigten, insgesamt bekommt aber nur ein geringer Teil der Studierenden BAföG.

Das rechtspolitisch spannendste Thema für Familien ist das Sorgerecht nichtehelicher Väter. Sowohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als auch das Bundesverfassungsgericht haben entschieden, dass Deutschland Veränderungen vornehmen muss. Dazu liegen zwei Alternativen auf dem Tisch: Die Antragslösung sieht vor, dass der Vater das gemeinsame Sorgerecht beantragen muss. Wenn die Mutter widerspricht, entscheidet das Familiengericht. Bei der Widerspruchslösung ist die Ausgangslage, dass beide Elternteile von Beginn an das gemeinsame Sorgerecht haben, analog zu verheirateter Eltern. Nur wenn ein Elternteil innerhalb einer noch festzulegenden Frist widerspricht, muss das Familiengericht entscheiden. Da die Regierungskoalition in dieser Frage nicht einig ist, schwelt dieses Thema seit über einem Jahr.

Sozialversicherung

Reformen in der sozialen Sicherung sind zwar dringend nötig, allerdings tut sich wenig. Insbesondere die Pflegeversicherung steuert bereits 2013 auf eine Unterdeckung zu. Der demografische Wandel mit immer mehr älteren und auch pflegebedürftigen Menschen verursacht steigende Kosten. Mit einer von allen Seiten befürworteten Veränderung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs wird sich der Druck auf die Pflegeversicherung noch verschärfen. Pflegebedürftigkeit soll in Zukunft nicht allein aufgrund des körperlichen Pflegebedarfes bestimmt werden, sondern die besonderen Bedürfnisse dementiell Erkrankter müssen in den Katalog mit einbezogen werden. Doch vom neuen Gesundheitsminister Bahr sind dazu bislang keine Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht.

Sozialethik

Die wichtigste sozialethische Frage der letzten 12 Monate war die Frage, ob zukünftig in Deutschland die Präimplantationsdiagnostik gesetzlich erlaubt sein wird. Wie fast immer bei sozialethischen Fragen war es eine stark beachtete Debatte. Diese wird seit Jahren in Behindertenverbänden, den Kirchen, in der Medizin und der Forschung und von den Menschen, die an Erbkrankheiten leiden, geführt. Für viele von ihnen war die Erfüllung ihres Wunsches, nach einem Kind ohne Erbkrankheit, nur im Ausland möglich. So wie in der Gesellschaft, wurden auch innerhalb der evangelischen Kirche unterschiedliche Auffassungen diskutiert. Die drei Anträge, die in den Deutschen Bundestag vom Parlament eingebracht wurden, haben dies widerspiegelt. Die drei fraktionsübergreifenden Anträge wurden leidenschaftlich debattiert: Dürfen Menschen eingreifen in das menschliche Leben, indem eine befruchtete Eizelle, außerhalb des Mutterleibes entstanden, auf Erbkrankheiten untersucht und bei positivem Befund „verworfen“ wird? Haben Eltern ein Recht auf ein gesundes Kind? Öffnet das Zulassen dieser Diagnose nicht denen Tor und Tür, die ein Kind mit vorher gesuchten Merkmalen, klug, männlich, schlank, braunes Haar, wollen? Ist es nicht verständlich und barmherzig, den Eltern, die um ihre Krankheit wissen und schon ein oder mehrere kranke Kinder haben, die Möglichkeit zu geben, dieses für ein weiteres Kind auszuschließen? Dürfen wir uns überhaupt einmischen, denn alles und alle sind Geschöpfe Gottes? Gibt uns Gott nicht das Geschenk der Wissenschaft, Leben heil und glücklich zu machen? Wird unsere Gesellschaft jetzt Menschen mit Behinderungen anders begeben? Müssen Eltern sich fragen lassen, wieso habt ihr ein solches krankes Kind? Wenn es die Chance gibt, Eltern zu helfen, endlich überhaupt ein Kind zu bekommen, sollte die Medizin dann nicht helfen?

Die Abgeordneten haben nach ihrem Gewissen entschieden. Der Bundestag hat mehrheitlich für die begrenzte Freigabe der Präimplantationsdiagnostik bei Eltern mit Erbkrankheiten gestimmt.

Jugend

Zeitungsmeldungen in deren Mittelpunkt Jugendliche stehen, sind meistens Negativschlagzeilen. Entweder geht es um Bildungsfragen, oder Gewalt, Rechtsextremismus, und Medienkonsum stehen im Mittelpunkt. Auch im Berichtszeitraum gab es für diesen Bereich jenseits dieser Themen nur wenig Aufmerksamkeit. Aber seit einiger Zeit wird seitens des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend versucht, wieder eine eigenständige Jugendpolitik, die alle Jugendlichen einbezieht, zu entwickeln. Das Ziel ist, den Blick wieder auf die großen Chancen und Möglichkeiten dieser Lebensphase zu lenken und die defizitorientierte Brille abzusetzen. Diesen Ansatz, von einem anderen Ausgangspunkt aus, verfolgt auch der 13. Kinder- und Jugendbericht unter Vorsitz von Prof. Dr. Heiner Keupp. Der Bericht befasste sich mit „gesundheitsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe“. Die Kommission stellte fest, dass insgesamt vier verschiedene Sozialgesetzgebungen für diesen Bereich zuständig sind. Das führt zu unübersichtlicher Komplexität, Konkurrenz und Reibungsverlusten zu Lasten der Kinder und Jugendlichen. Wenn auch hier „inklusiv“ gedacht und gehandelt werden soll, muss es eine Zusammenführung in einem Gesetz geben, das insbesondere auch behinderte Kinder und Jugendliche einbezieht, die sogenannte „große Lösung“. Diese wurde immer wieder in der Vergangenheit von den Fachleuten der Politik und den Verbänden gefordert. Die Hoffnung ist groß, dass die Inklusionsdebatte einen kräftigen Schub für diesen Schritt bedeutet.

Kirche

Auch innerhalb der EKD ist familienpolitische Bewegung: Schon 2009 wurde – noch vom vorherigen Rat – die ad-hoc-Kommission „Ehe und Familie stärken“ eingesetzt. Die Kommissionsmitglieder kommen aus den Bereichen Theologie, Recht und Soziologie. Prof. Dr. Ute Gerhard und Dr. Insa Schöningh vertreten die eaf in diesem Gremium, dessen Aufgabe es ist, eine neue Ehe- und Familiendenkschrift der EKD vorzubereiten. Der Text hat dem Rat inzwischen vorgelegen und es wurden einige Überarbeitungsvorschläge angeregt. Die Fertigstellung der Denkschrift ist für Ende 2011/Anfang 2012 geplant.

2. TÄTIGKEIT der eaf

2.1 Präsidium

Präsidentin: Christel Riemann-Hanewinkel

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum fünfmal, zweimal davon zweitägig. Daneben gab es noch Termine der Steuerungsgruppe bzw. von Arbeitsgruppen, z. B. zur Arbeit am Leitbild. Übergreifendes Thema des Berichtsjahres waren die Vorbereitung und Durchführung des Organisationsberatungsprozesses, der Anfang 2010 begonnen hat.

Bereits im Jahr 2009 wurde ein verbandsinterner Organisationsberatungsprozess vom Präsidium der eaf vorbereitet. Es sollten die Erwartungen der Mitgliedsorganisationen an die Geschäftsstelle und an den Verband in seiner Gesamtheit erhoben werden, ebenso wie die Bereitschaft zu stärkerem eigenem Engagement. Dazu wurde eine Befragung der Mitglieder vorgenommen, Workshops des Präsidiums und eine Zukunftskonferenz der Mitglieder fanden statt. Die Mitglieder waren mit der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle sehr zufrieden, gleichwohl wünschen sie sich mehr öffentliche Sichtbarkeit der eaf, auch wenn sie sehen,

dass dies unter den gegebenen Voraussetzungen (Personal, Sachmittel) nur schwer zu realisieren ist. Der Wille, sich selbst als Mitglied der eaf mehr zu engagieren, ist grundsätzlich vorhanden, scheitert aber ebenfalls oft an den knappen Ressourcen. Allerdings wurden einige Handlungsfelder identifiziert, in denen dies dennoch gelingen könnte. Die Umsetzung der Ergebnisse des Organisationsberatungsprozesses wird noch eine Aufgabe der Folgejahre sein. Erste Vorschläge zur Weiterentwicklung der eaf wurden vom Präsidium erarbeitet und bereits ein Leitbild der eaf entwickelt. Diese Ergebnisse sollen den Mitgliedern auf der Mitgliederversammlung 2011 vorgestellt werden.

Daneben fanden auch mehrere Gespräche des Präsidiums bzw. der Präsidentin und der Geschäftsführerin mit der BAG Familienbildungsstätten und -werke im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit statt.

Das Präsidium beschäftigte sich vor allem mit der Auswertung der Mitgliederbefragung und der Zukunftskonferenz am 22. September 2010 und entwickelte anschließend Fragen und Themenbereiche, die im Rahmen eines Workshops mit der Organisationsberatung am 20. Dezember bearbeitet werden sollen. Außerdem beriet das Präsidium über das Thema der nächsten Jahrestagung – Heranwachsende in Familien - am 12./13. September 2011 im Stephansstift in Hannover und bereitete die Mitgliederversammlung 2011 (14. September) vor. Ein häufig geäußerter Wunsch der Mitglieder ist die stärkere Einbeziehung bzw. Mitwirkung bei der Jahrestagung und Mitgliederversammlung, daher hat das Präsidium eine Gruppe zur inhaltlichen Vorbereitung der Tagung eingesetzt.

Weitere Themen waren die umfängliche Arbeit am Runden Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ und die Stellungnahmen der eaf. Die Arbeit am Runden Tisch wurde von einer eaf-internen Arbeitsgruppe begleitet.

2.2 Fachausschüsse

Fachausschuss 1: „Sozialpolitik und Recht“

Vorsitzende: Prof. Dr. Irene Gerlach

Der Fachausschuss 1 der eaf *Sozialpolitik und Recht* traf sich zu drei Sitzungen. Überlegungen zum weiteren Vorgehen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Februar 2010 zur Berechnung der Regelsätze (Hartz IV-Urteil) und nach der Vorlage eines Gesetzentwurfes waren ein Schwerpunkt: Entsprechen die geplanten Neuregelungen den verfassungsrechtlichen Vorgaben und welche Kritikpunkte sind festzustellen? Themen waren zudem das Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW vom 12. Oktober 2010 zum Ausbau der Kinderbetreuung U3 (Aufgabenverteilung im Föderalismus) sowie Überlegungen zum gemeinsamen Sorgerecht nicht verheirateter Eltern nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. August 2010. Zudem befasste sich der Fachausschuss mit dem 8. Familienbericht (work in progress) und dem Themenfeld Pflege/Pflegeversicherung.

Fachausschuss 2: „Bildung, Beratung und Soziale Infrastruktur“

Vorsitzender: Dr. Martin Merbach

Der Fachausschuss 2 der eaf *Bildung, Beratung, Soziale Integration* traf sich am 26. Oktober 2010. Schwerpunkt der Sitzung war die Frage, wie die Erkenntnisse aus der Beschäftigung mit dem Thema „Inklusion“ für die eaf nutzbar gemacht werden können. In der Aus-

gabe 3/2011 der Familienpolitischen Informationen sind dazu verschiedene Artikel erschienen.

Außerdem wurden verschiedene Aspekte betrachtet, die bei der Behandlung des neuen Themas „Paare in den verschiedenen Lebensphasen“ (äußere Anforderungen, neue Herausforderungen, Umgang mit neuen und alten Paarmythen und Vorstellungen) eine Rolle spielen und somit in die weitere Beschäftigung einbezogen werden sollen. Diesem Thema waren auch die beiden folgenden Sitzungen in 2011 gewidmet. Dabei wurden einmal die Erfahrungen aus der Familienbildung und -beratung aufgenommen, zum anderen die Ergebnisse des 1. Gleichstellungsberichtes „Neue Wege – gleiche Chancen“ beleuchtet.

2.3 Bundesgeschäftsstelle

Personell gab es in der Bundesgeschäftsstelle keine Veränderungen.

Inhaltlich war die Bundesgeschäftsstelle mit den bei den jeweiligen Gremien bereits erwähnten Schwerpunkten befasst, insbesondere mit der Erarbeitung von Stellungnahmen, von Pressemitteilungen (vor allem in Kooperation mit anderen Verbänden) und der Mitarbeit in zahlreichen Gremien sowie der Öffentlichkeitsarbeit (Familienpolitische Informationen, Newsletter, Website und die Kampagne „Pflege in guter Gesellschaft“).

Besondere Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren die Neugestaltung der Website, die Kampagne „Pflege in guter Gesellschaft“, die Arbeit am Runden Tisch mit seinen zahlreichen Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen, die Weiterführung des Organisationsberatungsprozesses und die Vorbereitung der Jahrestagung.

2.4 Nominierungsausschuss

Der Nominierungsausschuss der eaf zur Vorbereitung der Wahlen des Präsidiums auf der Mitgliederversammlung 2011 traf sich zu seiner konstituierenden Sitzung am 7. Dezember 2010 in Hannover und wählte Klaus Roes (eaf Sachsen-Anhalt) zum Vorsitzenden. Dem Nominierungsausschuss gehören neben dem Vorsitzenden noch Rosemarie Daumüller, Ute König und Dr. Remi Stork an.

Neben umfänglichem schriftlichen und telefonischen Austausch traf sich der Ausschuss zu zwei Sitzungen.

2.5 Runder Tisch – interne AG der eaf

Um die Gesamtübersicht der Verhandlungen am Runden Tisch und seinen zahlreichen Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen zu behalten, hat die eaf einen internen Runden Tisch eingerichtet. Teilnehmende sind Sabine Hufendiek, Achim Haid-Loh (EZI), Christoph Pompe (EKFuL), Claudia Heinkel (DW EKD), Nele Allenberg (Büro des Bevollmächtigten der EKD), Prof. Dr. Kerstin Feldhoff (FH Münster) und Dr. Insa Schöningh. Den Vorsitz hat die Präsidentin der eaf, Christel Riemann-Hanewinkel.

Die eaf hat sich insbesondere in den Beratungen der Arbeitsgruppen des BMFSFJ und des BMJ engagiert und vor allem bei den Unterarbeitsgruppen, „Hilfen für Betroffene – Weiterentwicklung des Beratungsnetzwerks“ und „Leitlinien zur Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden“ (s. dazu den Zwischenbericht des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch, Band 2 Arbeitspapiere). Aktuell setzt sich die eaf dafür ein, dass die Ergebnisse

der beiden Arbeitsgruppen „Standards in Institutionen, Einrichtungen und Verbänden“ (BMFSFJ) und „Leitlinien zur Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden“ (BMJ) gemeinsam weiterentwickelt werden, um zu einer konsistenten Handreichung für Institutionen zu gelangen.

Innerhalb der EKD haben die zahlreichen öffentlich gewordenen Fälle sexueller Gewalt auch in evangelischen Einrichtungen zu einem Erfahrungsaustausch der Gleichstellungsbeauftragten der Landeskirchen geführt. Sie sind i. d. R. für die Beratung der Opfer zuständig. Dieser Erfahrungsaustausch ist inzwischen zu einer ständigen „Konferenz Prävention, Intervention und Hilfe bei Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung“ (PIHK) weiterentwickelt worden. Aktuell ist die Konferenz mit der Überarbeitung der „EKD-Hinweise zum Umgang mit Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung“ beschäftigt.

Einige Teilnehmende der PIHK sind gleichzeitig auch Teilnehmende des eaf Runden Tisches, so dass der Austausch der jeweiligen Ergebnisse gesichert ist.

3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

3.1 Stellungnahmen / Anhörungen

- Stellungnahme der eaf zum Referentenentwurf für einen Beitrag zum Haushaltsbegleitgesetz betreffend das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, 26. Juli 2010
- Anhörung zum Gesetzentwurf Elterngeld, 28. Juli 2010
- Stellungnahme der eaf zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung, 30. September 2010
- eaf Position zu Vorschlägen einer Kindergrundsicherung, veröffentlicht in: Familienpolitische Informationen Nr. 5, September/Okttober 2010
- Stellungnahme der eaf zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG) Stand 22. Dezember 2010, 15. Februar 2011
- Anhörung zum Gesetzentwurf Bundeskinderschutz, 21. Februar 2011
- Stellungnahme der eaf zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Entwurf eines Gesetzes zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (Familienpflegezeitgesetz – FamPflegeZG), 10. März 2011
- Stellungnahme der eaf zum Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb eines bundesweiten Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ (Hilfetelefontgesetz), 4. Mai 2011

Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit / Pflege

Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle und Mitglieder der AG Öffentlichkeitsarbeit „Pflege“ trafen sich am 27. Oktober 2010 zu einem Workshop. Es wurde eine Konzeption entwickelt, wie die Inhalte der Broschüre „Häusliche Pflege von Familienangehörigen – Eckpunkte für eine gemeindenaher Pflege“ weiter in der Öffentlichkeit kommuniziert werden können. Für den 12. Mai 2011, dem Internationalen Tag der Pflegenden (International Nurses Day), wurden Überlegungen angestellt, wie das Zusammenspiel der verschiedenen politischen Ebenen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene in moderierten Gesprächsrunden zum Thema „Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen“ sichtbar gemacht wer-

den kann. Der Kreis der Personen und Institutionen auf mittlerer Ebene (Landratsämter, Superintendenturen), der bislang hauptsächlich in den Blick genommen wurde, soll weiter in den Kommunikationsprozess einbezogen werden. Die Website des Verbandes soll durch eine Unter-Website „Pflege“ ergänzt werden, auf der Informationen und Weiterentwicklungen von guten Beispielen zur Unterstützung der Pflege veröffentlicht werden.

„Pflege in guter Gesellschaft“

Mit diesem Projekt wurde eine neue Form der Öffentlichkeitsarbeit der eaf erprobt. Ziel war es, schon vorhandene Materialien neu zu präsentieren, auf bereits durchgeführte Aktionen und Veranstaltungen hinzuweisen sowie weitere anzuregen. Zudem sollte damit auch das Thema Pflege besser ins Licht gerückt werden, um in neuen Netzwerken und mit neuen Bündnispartnern aktiv zu werden.

2009 hatte der Fachausschuss 2 der eaf seine Arbeit an der Broschüre „Häusliche Pflege von Familienangehörigen - Eckpunkte für eine gemeindenahe Pflege“ abgeschlossen. Diese Broschüre wurde mit breitem Verteiler, u. a. an die Landeskirchen und Landkreise versandt.

Vertreter und Vertreterinnen der eaf Landesarbeitskreise/Landesverbände bildeten eine Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“, die die Aktivitäten aus der Landesebene mit denen der Bundesgeschäftsstelle zu diesem Thema verbinden sollte. Diese Gruppe traf sich mehrmals und erarbeitete abschließend bei einem Workshop im Oktober 2010 in Berlin die Konzeption für das Öffentlichkeitsarbeitsprojekt:

Dabei sollten verschiedene Medienzugänge für dasselbe Thema genutzt werden. In Newslettern und auf der eaf-Website wurde über den Fortgang des Projektes berichtet. In einer ersten Welle wurden *Popup-Karten* mit einem Anschreiben an alle Superintendenturen und Landkreise verschickt. Sie stellten in knapper Form die Ziele dar, luden zum Mitmachen und zur Veranstaltung im Mai 2011 ein. Zeitgleich wurde eine Projektwebsite zur weiteren Information auf der neuen eaf-Website im April 2011 online gestellt. Verschiedene Landesarbeitskreise versandten die Karten mit eigenem Anschreiben in den Ländern und Landeskirchen im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Bei einem Pressefrühstück erhielten am 16. Februar 2011 Journalisten und Journalistinnen von der eaf Hintergrundinformationen über die geplante Aktion und zur Struktur und Arbeitsweise der eaf, um über die Pflege-Kampagne zu berichten.

Am 12. Mai 2011 fand auf dem Schlossplatz in Berlin die Veranstaltung mit drei Gesprächsrunden statt: Vertreterinnen und Vertreter der praktischen Ebene vor Ort, der Vernetzungsebene von wohnortnahen und fachspezifischen Vernetzungen auf kommunaler und Landesebene zum Thema ‚Pflege‘, sowie die bundespolitische Ebene berichteten über die Unterstützung und offenen Punkte der jeweiligen Ebenen. Eingeladen waren Vertreter/Vertreterinnen von Verbänden, Kirchengemeinden, Organisationen und Studierende aus dem Studiengang Bachelor of Nursing der Evangelischen Fachhochschule Berlin, die größte Gruppe der Gäste.

Im Nachgang zu der Veranstaltung erinnert eine Kurz-Broschüre an die Aktion mit Aussagen der Expertinnen und Experten, den politischen Forderungen der eaf zum Thema Pflege von Familienangehörigen und Fotos von der Veranstaltung, u. a. zur Unterstützung der Länderarbeit. Einige eaf-Landesarbeitskreise und -verbände haben das Thema aufgegriffen oder wollen es in naher Zukunft weiter verfolgen. Die Ergebnisse werden auf der Pflege-Unterwebsite sichtbar gemacht.

3.2 Fachgespräche

- Erfahrungsaustausch „Sexueller Missbrauch“, Kirchenamt der EKD, Hannover, Dr. Insa Schöningh, 28. Juli 2010
- Hintergrundgespräch der AGF zur Kinderarmut (EU-Kommission), Dr. Insa Schöningh, 1. September 2010
- Hintergrundgespräch Betreuungsgeld, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Insa Schöningh, 29. September 2010
- Zukunftswerkstatt SPD, Impuls Pflege, Christel Riemann-Hanewinkel, 11. Oktober 2010
- Elterliche Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern, § 1626 a BGB, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Katholisches Büro in Berlin, Sabine Mundolf, 14. Oktober 2010
- Strategiegelgespräch der AGF zur Mehrwertsteuerreduktion, Dr. Insa Schöningh, 19. Oktober 2010
- 40 Jahre Evangelischer Fachverband für Frauengesundheit e. V. (EVA), Dr. Insa Schöningh, 28. Oktober 2010
- Fachgespräch: Familienpolitik in Schweden, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Insa Schöningh, 4. November 2010
- Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen) zu Themen der Familienpolitik und möglicher Zusammenarbeit, Christel Riemann-Hanewinkel, Dr. Insa Schöningh, 8. November 2010
- Gespräch der AGF mit dem Bundespräsidenten Christian Wulff am 17. Februar 2011, Christel Riemann-Hanewinkel.

3.3 Fachtagungen

Fachtagung 2010

Einmal jährlich veranstaltet die eaf eine Fachtagung im Vorfeld der Mitgliederversammlung. Die Fachtagung richtet sich zwar vorrangig an die Mitglieder der eaf, ist aber offen für interessierte Gäste.

Die eaf Jahrestagung 2010 fand vom 22. bis 24. September in Schwäbisch Gmünd statt. Die Fachtagung behandelte das Thema „Familie in der Gemeinde“. Dazu referierte Prof. Dr. Gerhard Wegner vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD. Einen großen Raum nahm die Bekanntmachung und Bearbeitung der Ergebnisse der Mitgliederbefragung am 23. September ein.

Bei einem Besuch der Firma Weleda gab Dr. Isabella Heidinger einen Einblick in die familien- und personalbezogenen Leistungen der Firma.

Die Mitgliederversammlung, auf der die Regularien des Vereins turnusmäßig verhandelt wurden, setzte satzungsgemäß einen Nominierungsausschuss für die Präsidiumswahl 2011 ein. Ihm gehören an: Dr. Remi Stork (eaf Westfalen-Lippe); Rosemarie Daumüller (Mitglied Fachausschuss 1); Ute König (Mitglied Fachausschuss 2, BAG Familienbildung); Klaus Roes (eaf Sachsen-Anhalt, Vorsitz).

Fachtagung 2011

Jahrestagung der eaf „Heranwachsende in Familien“, 12./13. September 2011 im Stephansstift, Hannover:

Die Altersgruppe der Heranwachsenden ist - im Gegensatz zu Kindern und alten Menschen - wenig im Blick von Politik und öffentlicher Diskussion. Allenfalls Defizite im Bildungsbereich, Schulabbrecher, gewalttätige Jugendliche, junge Erwachsene mit Problemen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder die Generation Praktikum sind Schlagwörter und Themen, die intensiver behandelt werden.

Doch gerade der Übergang von der Jugend zum Erwachsenen sein ist auch eine sehr wesentliche Phase im Lebensverlauf, denn hier werden maßgebliche Weichen dafür gestellt, ob und wie junge Menschen sich in unserer Gesellschaft mit ihren komplexen Anforderungen zurechtfinden. Wie leben Heranwachsende heute, was bestimmt ihren Weg in das Erwachsenen sein? Welchen Stellenwert und Einfluss haben Eltern und die Familie, die Peergroup, die Medien? Bietet Bildung das notwendige „Rüstzeug“ fürs Leben? Welche schwerwiegenden Belastungen gibt es und welche Unterstützungssysteme? Welche Beteiligungsmöglichkeiten nehmen sie wahr und welche Orte gibt es für die Noch-nicht-Erwachsenen?

Bei der anschließenden Mitgliederversammlung am 14. September 2011 wird turnusmäßig ein neues Präsidium gewählt.

Außerdem fanden mehrere Fachtagungen in Kooperation mit anderen Organisationen statt, s. dazu 4.3.

3.4 Neugestaltung der Website der eaf

Die alte Website der eaf war nach 10 Jahren, trotz mehrmaliger Überarbeitungen, grundsätzlich erneuerungsbedürftig. Die neue Website sollte nicht nur ein neues Design, sondern auch eine neue Struktur erhalten und redaktionell leichter zu pflegen sein; die neue Websitestruktur wurde weitgehend von Esther Ullmann-Goertz entwickelt. Die grafische Umsetzung lehnt sich an die bisherigen Printmaterialien und deren Erscheinungsbild an. Das Erscheinungsbild der eaf soll in allen öffentlichkeitswirksamen Elementen (wie z. B. Newsletter, FPI, Broschüren, usw.) wiedererkennbar sein. Die technische Umsetzung erfolgte in einer neuen Version des von der eaf bereits genutzten Content-Management-Systems Typo 3: die Dateien der alten Website mussten einzeln in die neue Struktur eingefügt werden, dies erfolgte mit Unterstützung der Firma, die seit Jahren das eaf-Netzwerk und den Server administriert.

Neben der Anpassung und Überprüfung der umgelagerten Seiten im neuen System, musste auch die neue Projektwebsite „Pflege in guter Gesellschaft“ eingefügt werden. Die neue Website - mit modern klassischem Design und auflockernden Fotos, die jeweils ergänzt oder ausgetauscht werden können - ist seit dem 1. April 2011 online.

Die Leitworte: „wissenschaftlich, politisch, praxisnah“ werden implizit in der Struktur aufgenommen. Die Website bietet nun einen nutzerfreundlichen Überblick über die Facetten der Arbeit der eaf für Mitglieder und interessierte User des Internets. Zwei Navigationsleisten führen die User; durch Anklicken der oberen Navigationsleiste öffnen sich auf der unteren Navigationsleiste Unterkategorien.

Im rechten Navigationsbereich (mit oft genutzten Suchstellen) lassen sich weitere Teaser einfügen. Zusätzlich wurde die Seite durch benutzerfreundliche Funktionen erweitert: Ver-

größern, Verkleinern, Drucken, Soziale Netzwerke. Eine Suchfunktion hat sich nicht bewährt, da ein Suchprogramm Stichworte in PDF-Dateien nicht finden kann.

Die Website wurde von ihrer Grundstruktur so eingerichtet, dass Aktuelles in der Seiten-navigationsleiste extra hervorgehoben wird. Die Projektwebsite ist als Unterwebsite konzipiert und kann bei Bedarf mit neuen Inhalten gefüllt werden. Zurzeit ist sie mit der Kampagne „Pflege in guter Gesellschaft“ belegt. Ebenso kann der Login-Bereich für Gremienmitglieder verändert und bei Bedarf stetig erweitert werden.

Derzeit können Präsidenten, Fachausschussmitglieder, LAK's und Teilnehmer/innen der Gremien des Runden Tisches Materialien zur Kontaktaufnahme und persönlichen Weiterarbeit in diesem Bereich herunterladen.

Esther-M. Ullmann-Goertz und Janina Haase haben das neue Content-Management-System im Backup (Typo 3) erlernt, so dass die Website weitgehend hausintern gepflegt und aktualisiert werden kann. Beate Wolter ist Vertreterin für das Online stellen von Pressemitteilungen und Stellungnahmen.

3.5 Veröffentlichungen

Familienpolitische Informationen

Die Fachzeitschrift „Familienpolitische Informationen“, erscheint sechs Mal jährlich. Zentraler Bestandteil jeder Ausgabe ist ein wissenschaftlicher Artikel zu einem aktuellen familienpolitischen Thema, daneben erscheinen Stellungnahmen, Nachrichten und Hinweise auf Veröffentlichungen sowie Buchempfehlungen. Redaktionell zuständig ist Sabine Mundolf.

Im Berichtszeitraum wurden u. a. Beiträge zu folgenden Themen veröffentlicht:

- Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
- Familienmediation
- Familienpolitik
- Gesundheitsreform 2010
- Gleichstellungspolitik
- Inklusion
- Integrationspraxis / Interkulturelle Elternarbeit
- Kindergeld/-freibetrag
- Kindergrundsicherung
- Mediationsgesetz (Stellungnahme eaf)
- Migration und Männlichkeit
- Neuer Feminismus / Frauenbewegung
- Wissenschaftlicher Beirat Familienpolitik.

Newsletter

Der Newsletter der eaf erscheint im ca. sechswöchigen Rhythmus und kann über die Website der eaf abonniert werden. Er informiert über familienpolitische Entwicklungen, Tagungen und die Arbeit der eaf. Er sammelt Meldungen aus fachspezifischen Mailinglisten, aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Deutschen Bundestag, dem Statistischen Bundesamt, der Tagespresse und Veröffentlichungen zu wichtigen aktuellen familienpolitischen Aspekten und wissenschaftlichen Grundlagentexten. Außerdem gibt der Newsletter Auskunft über die aktuelle Arbeit in den Gremien der eaf, Hinweise auf Veranstaltungen sowie aktuelle Berichte, die sich mit verschiedenen Forschungs-

gebieten von Familienfragen befassen. Im Newsletter können eaf-Mitgliedsverbände für ihre Veranstaltungen werben oder Informationen über Neuerscheinungen im Feld ihrer Öffentlichkeitsarbeit geben.

Redaktionell zuständig ist Esther-M. Ullmann-Goertz. Für das Layout und den Versand ist Janina Haase zuständig.

Pressemitteilungen

Folgende Pressemitteilungen sind im Berichtszeitraum erschienen:

- *OECD-Daten sprechen für Breiten- statt für Spitzenförderung - eaf fordert die Verabschiedung der BAföG-Änderungen*, 8. September 2010
- *Gemeinsames Sorgerecht bedeutet gemeinsame Pflicht*, 10. September 2010
- *Neues aus der Bildungsrepublik: Geplante BAföG-Änderungen auch im Vermittlungsausschuss verschoben!*, 17. September 2010
- *Recht auf Sorge nur mit Antrag*, Pressemitteilung der AGF, 25. Oktober 2010
- *Aktuellen Bezieher/innen von Elterngeld droht ab 2011 Verlust der Restansprüche*, Pressemitteilung der AGF, 26. November 2010
- *Keine Weihnachtsgeschenke für Kinder im Hartz IV-Bezug*, 3. Dezember 2010
- *Ein Anfang, aber kein Meilenstein*, Der Entwurf eines Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (FamPflegeZG) geht in die Abstimmung mit den beteiligten Ministerien, 18. Februar 2011
- *„Pflege in guter Gesellschaft“*, Öffentliche Veranstaltung der eaf zum Tag der Pflegenden am 12. Mai, 11. Mai 2011
- *„7 % für Kinder“: Steuern runter für alle Kinderprodukte!*, Initiative zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Artikel und Dienstleistungen für Kinder heute gestartet, Pressemitteilung der AGF, 17. Mai 2011
- *Wir brauchen Kitaplätze – kein Betreuungsgeld*, 4. Juli 2011

Weitere Publikationen

Publikationen von haupt- und ehrenamtlich bei der eaf tätigen Personen, z. B.:

Augstein, Renate

- *Gleichstellungspolitik und Familienpolitik*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 2, März/April 2011, S. 1 – 4

Böhm, Tatjana

- *Lokale Netzwerke „Gesunde Kinder“ in Brandenburg*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 3, Mai/Juni 2011, S. 6

Czell, Dr. Gernot

- *Wir brauchen einander! – Anleitung zum inklusiven Denken*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 3, Mai/Juni 2011, S. 3 - 5

Gerhard, Prof. Dr. Ute

- *Family Law and Gender Equality: Comparing Family Policies in Post-war Western Europe*, in: Karen Hagemann/ Konrad Jarausch/ Christina Allemann-Ghionda (Eds.), *Time Policies: Child Care and Primary Education in Post-war Europe*, 2011: New York/Oxford. Berghahn Books, S. 75 - 93
- *Gleichberechtigung: ein überholtes Postulat?* in: Konrad Hilpert/ Ulrich Schroth (Hg.), *Politik – Recht – Ethik. Vergewisserungen aus der Vergangenheit und Perspektiven für die Zukunft*, Stuttgart 2011: Kohlhammer, S. 150 - 165
- *Die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft. Nicht ohne Bürgerinnenrechte und die Wohlfahrt der Frauen*, in: Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung, Discussion Paper 12,01/2011, ISSN 1865-9608, www.harriet-taylor-mill.de
- *Sorgen für andere als Maßstab für eine neue Sozialpolitik*, in: Christel Kumbruck/ Mechthild Rumpf /Eva Senghaas-Knobloch (Hg.), *Unsichtbare Pflegearbeit. Fürsorgliche Praxis auf der Suche nach Anerkennung*, Münster 2010: Lit-Verlag, S. 63 - 84
- *Die neue Geschlechter(un)ordnung. Eine feministische Perspektive auf die Familie*, in: *Feministische Studien*, 28. Jg. November 2010, Nr. 2, S. 194 - 213
- *Care and Citizenship*, in: Ursula Apatzsch/ Marianne Schmidbaur (Hg.), *Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen*, Opladen 2010: B. Budrich, S. 97 - 111

Gerlach, Prof. Dr. Irene

- *Wissenschaftliche Beratung für Familienpolitik: Blick zurück und nach vorne*, in: *Familienpolitische Informationen*, Nr. 1, Januar/Februar 2011, S. 1 - 6

Keil, Prof. Dr. Dr. Siegfried

- *Religion in der Lebenswelt der Moderne: Ein Rückblick auf das Marburger Graduiertenkolleg nach 10 Jahren*, in: A. Herrmann-Pfandt (Hg), *Moderne Religionsgeschichte im Gespräch*, Festschrift für Christoph Elsas, Berlin 2010, S. 314 - 325
- (Managing Editor) *Familie Wissenschaft Politik*. Ein Kompendium der Familienpolitik des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2010
- (Mitherausgeber) *Ausbildung, Studium und Elternschaft* Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Wiesbaden 2010
- *Sex vor der Ehe – für Christen ein Tabu?* in: *echt*, Das Magazin ihrer evangelischen Kirche, 1/11, S. 14
- *Evangelische Sexualethik*, in: *Nordelbische Stimmen*, April 2011, S. 26 – 31
- *Kreativität, Ausdauer und Geduld. Unerlässliche Voraussetzungen für eine effektive Mitgestaltung der Familienpolitik in Deutschland seit 1945*, in: ders. und Peter Dabrock (Hg.): *Kreativität verantworten*, Neukirchner Verlag , Neuenkirchen 2011
- *Stärkung familialer Beziehungs- und Erziehungskompetenzen – Positionen des Wissenschaftlichen Beirats beim BMFSFJ*, in: W. Stange (Hg.): *Handbuch „Erziehungs- und Bildungspartnerschaften“*, VS Verlag, Wiesbaden 2011

- Gemeinsam mit Irene Gerlach: *Eckpunkte einer modernen Familienpolitik*, in: W. Stange (Hg.): Handbuch „Erziehungs- und Bildungspartnerschaften, VS Verlag, Wiesbaden 2011

Merbach, Dr. Martin

- *Zum Stand der Psychologischen Beratungsarbeit in den Landeskirchen*, in: Fokus Beratung, 18. Ausgabe, April 2011, hrg. von EKFuL, S. 29 - 37
- *Sichere Bindung und Inklusion*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 3, Mai/Juni 2011, S. 6 - 7

Mundolf, Sabine

- *Was macht Migration mit Männlichkeit? Abschied von Klischees*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 5, September/Okttober 2010, S. 4 - 5
- *Familie – Wissenschaft – Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 6, November/Dezember 2010, S. 5 - 7

Riemann-Hanewinckel, Christel

- Interview zur Bundesstiftung Mutter und Kind, www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de
- Auslegung der Jahreslosung 2011, www.kindernothilfe.de

Schöningh, Dr. Insa

- *Lasst uns ein wenig Zeit!*, Leserbrief zum Artikel „Ursula von der Leyens Elterngeld hat alle Ziele verfehlt“, in: Der Spiegel, 49/2010

Schulz, Helga

- *Die Altersgrenze für Kindergeld und Kinderfreibetrag*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 6, November/Dezember 2010, S. 7

Steinert, Wilfried

- *Lernlandschaften – Mit einer Gedichte-Werkstatt selbstgesteuert und entdeckend lernen*, Zeitschrift LERNCHANCEN, Ausgabe 78/2010, Friedrich Verlag
- *Bericht: Waldhofschule Templin - eine Schule für alle*, Die Deutsche Schule (DDS), 102. Jahrgang, Heft 2, 2010, Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis, Waxmann Verlag

Ullmann-Goertz, Esther-Marie

- *Barbara Witthohn – eine Netzwerkerin geht in den Ruhestand*, in: Familienpolitische Informationen Nr. 4, Juli/August 2010, S. 7

4. KOOPERATIONEN

4.1 Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e. V. (AGF)

Die AGF-Verbände trafen sich regelmäßig zu Sitzungen der Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen und hielten zwei Mitgliederversammlungen ab. Im Rahmen der AGF wurden 2010 mehrere Pressemitteilungen veröffentlicht und zwei Fachgespräche konzipiert und durchgeführt. Das Fachgespräch Kinderarmut in Deutschland und Europa sollte die Erfahrungen und Fortschritte mit dem europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung bilanzieren. Im Zuge der Schwerpunktsetzung der AGF auf die europäische Ebene fand ein Hintergrundgespräch mit Parlamentariern, Vertretern und Vertreterinnen der Europäischen Kommission und weiteren NGOs in Brüssel statt. Im Rahmen der Zusammenarbeit der Familienverbände auf europäischer Ebene wurde auch die Mitarbeit in der COFACE intensiviert. Ferner wurde damit begonnen, ein Netzwerk von Befürwortern der Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Kinderprodukte zu etablieren.

Gemeinsam mit dem Unternehmen JAKO-O sowie Verbänden und Unternehmen initiierte die AGF eine Kampagne für den reduzierten MwSt.-Satz (7 %) für Kinderprodukte. Die Auftaktveranstaltung der Kampagne „7 % für Kinder“ fand am 17. Mai 2011 am Brandenburger Tor in Berlin statt. Familienverbände und Unternehmen fordern gemeinsam mit Eltern und Kindern: Der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent muss auch für Kinderprodukte und Dienstleistungen für Kinder gelten! Die AGF und JAKO-O haben sich mit anderen Verbänden, Organisationen und Einrichtungen aus Gesellschaft und Wirtschaft zum Bündnis „7 % für Kinder“ zusammengeschlossen.



Unter www.7fuerkinder.de können Unterstützer/innen der Initiative ihre Stimme für das Anliegen abgeben. Die gesammelten Stimmen werden im Herbst dieses Jahres an die zuständigen Politikerinnen und Politiker übergeben.

Am 20. November 2010 veranstaltete die AGF die Fachtagung „Kinderarmut in Deutschland und Europa“.

Dr. Insa Schöningh war in die Aktivitäten der AGF intensiv eingebunden.

Die Vorsitzenden und Präsidentinnen der AGF trafen sich am 17. Februar zu einem Gespräch mit Bundespräsident Christian Wulff. Schwerpunkte der AGF im Gespräch waren das Engagement gegen Armut, für Kindergesundheit und Kinderverbraucherrechte, u. a. durch die Kampagne zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Kinderprodukte und -dienstleistungen. Die AGF forderte eine intensivere öffentliche Debatte über Kinder und Familie. Christel Riemann-Hanewinkel wies als Vertreterin der eaf besonders auf notwendige Veränderungen und Verbesserungen im Bereich der Pflege hin. Der Bundespräsident war an der Pflege thematik sehr interessiert und bot eine gemeinsame Veranstaltung mit den Familienverbänden im Jahr 2012 an.

4.2 Mitarbeit in Gremien

Die Mitarbeiterinnen der eaf-Geschäftsstelle sowie die ehrenamtlichen Präsidiums- und Fachausschussmitglieder arbeiten in zahlreichen Gremien, Institutionen und Zusammenschlüssen mit, um das Ziel der Begleitung familienpolitischer Vorhaben und Entwicklung neuer Konzepte zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien im Verbund mit anderen Institutionen zu verwirklichen.

Die eaf ist in folgenden Gremien und Institutionen regelmäßig in Arbeit eingebunden (in alphabetischer Reihenfolge):

Ad-hoc-Kommission der EKD „Ehe und Familie stärken“

Mitglied: Prof. Dr. Ute Gerhard

Beratend: Dr. Insa Schöningh

Prof. Dr. Ute Gerhard und Dr. Insa Schöningh haben in mehreren Sitzungen seit 2009 als Mitglieder der Kommission an der Erarbeitung des Entwurfs einer Denkschrift *„Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familien, Ehen und Lebenspartnerschaften in evangelischer Perspektive“* mitgewirkt, die im Juli 2011 dem Rat der EKD vorgelegt wurde. Prof. Dr. Ute Gerhard war intensiv mit der Endredaktion der Schrift befasst. Die Denkschrift wird voraussichtlich Ende 2011 veröffentlicht.

Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter im Diakonischen Werk der EKD (agae)

Die agae traf sich turnusmäßig zweimal jährlich in Eisenach. Bei einem Treffen sind Bündnispartnerinnen dazu geladen (SHIA, AGIA, VAMV). Beim Frühjahrestreffen gibt es einen gemeinsamen Arbeitsschwerpunkt mit der Gruppe der Beauftragten für die Schwangerenkonfliktberatung in den Landeskirchen. Zurzeit wird an einem Selbstverständnispapier der agae in Vorbereitung auf das 30-jährige Bestehen im Jahr 2012 gearbeitet sowie an einem Falblatt, das im Falle von Trennung und Scheidung notwendige Tipps bündelt. Esther-M. Ullmann-Goertz vertritt die eaf bei der agae.

Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Familien-Bildungsstätten e. V. (BAG)

Die Bundesgeschäftsführerin ist gewähltes Mitglied des Vorstandes. Sie nimmt jährlich an mindestens drei Sitzungen des Vorstandes und einer gemeinsamen Sitzung mit der Konferenz (Delegierte aus verschiedenen Landeskirchen) teil und berät über die laufende Arbeit des Verbandes.

Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung (BAGFE)

Mitglied im Vorstand: Wolfgang Hötzel

Der Vizepräsident Wolfgang Hötzel ist Mitglied des Vorstandes der BAGFE und zugleich Mitglied des Vorstandes des Ev. Arbeitskreises Familienerholung als derzeit federführendes Mitglied der BAGFE. Der Schwerpunkt seiner Arbeit in beiden Organisationen liegt in der Entwicklung von Grundlagen, Methoden und Strategien zur Qualifizierung und Weiterentwicklung der gem. Familienerholungsarbeit im Sinne von § 16 SGB VIII. In diesem Zusammenhang wurde von ihm für die BAGFE ein ausführliches Perspektiven- und Strategiepapier entwickelt und ein ausführlicher Projektantrag an das BMFSFJ zur Unterstützung der Qualifizierungs- und Vernetzungsentwicklung formuliert. Aktuell wird u. a. die Zusammenarbeit mit dem DJI geklärt. Im Juni 2011 wurde ein Fachforum zur Familienerholung auf dem DKJHT in Stuttgart durchgeführt.

Auf die genannten Tätigkeiten entfielen 2010 13 ganztägige Sitzungen. Im Übrigen ist Wolfgang Hötzel Mitglied des Kuratoriums der Ev. Stiftung Familienerholung. Sie unterstützt mit Vermögenserträgen und Spenden einzelne Familien zur Teilnahme an Familienerholungsmaßnahmen.

Bundesforum Familie (BFF)

Mitglied: Wolfgang Hötzel

Der Vizepräsident der eaf, Wolfgang Hötzel, ist Mitglied der Steuerungsgruppe des Bundesforums Familie.

Diese traf sich im Berichtszeitraum sechsmal. Außerdem fand eine Mitgliederversammlung statt.

Das Schwerpunktthema „Familie und Gesundheit“ des BFF ist beendet. Als Mitglied in der Steuerungsgruppe hat Wolfgang Hötzel maßgeblich an diesem Projekt mitgearbeitet. Er war auf der Abschlussveranstaltung für den Wissenschaftlichen Beirat des Projektes zuständig. Die Ergebnisse sind in einer ausführlichen Broschüre sowie als zentrale Aussagen des Projektes „Zeit und Gesundheit als Faktoren gelingenden Familienlebens“ dokumentiert. Als neues Thema hat sich die Mitgliederversammlung des Bundesforums Familie im April 2011 mehrheitlich für „Familie und Heranwachsende“ (Arbeitstitel) ausgesprochen.

Deutsche Ev. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), Fachgruppe Familien- und Generationenbezogene Erwachsenenbildung

Die Kommission unterbreitet als fachliches Beratungsgremium des Verbandes Vorschläge zur Weiterentwicklung der familienbezogenen Erwachsenenbildung. Sie tagt drei- bis viermal jährlich, veranstaltet Fachgespräche und Fachtagungen. Am 16. Mai 2010 wurde die langjährige wissenschaftliche Referentin der DEAE, Petra Herre, in den Ruhestand verabschiedet. Die DEAE arbeitet seit 2010 als selbständiger Verein unter dem Dach des Comenius-Institutes in Münster. Esther-M. Ullmann-Goertz arbeitet in der Kommission mit.

Deutscher Evangelischer Kirchentag

Prof. Dr. Ute Gerhard ist Mitglied der Präsidialversammlung des DEKT. Die Präsidialversammlung versteht sich als das Parlament des Kirchentages, das die Leitlinien und Themenschwerpunkte des nächsten Kirchentages bestimmt und den Vorigen evaluiert. Das Gremium tagte im Berichtszeitraum zweimal.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)

Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle arbeiten im *Arbeitskreis Familienpolitik*, im Fachausschuss *Jugend und Familie* und im *Hauptausschuss* des Deutschen Vereins mit. Der Hauptausschuss tritt einmal jährlich zusammen, die anderen beiden Gremien jeweils viermal jährlich. Auf einer internationalen Fachtagung des Deutschen Vereins in Kooperation mit dem BMFSFJ zu Familienunterstützenden Dienstleistungen in Europa moderierte Dr. Insa Schöningh einen der Workshops.

Fachausschuss Jugend und Familie

ständiger Gast: Dr. Insa Schöningh

Der Fachausschuss tagte im Berichtszeitraum viermal. Vorrangig befasste sich der Ausschuss mit den aktuellen Entwicklungen in der Kindertagespflege, mit dem Entwurf eines Bundeskinderschutzgesetzes, dem gemeinsamen Sorgerecht nicht-ehelicher Eltern, mit

Veränderungen im Vormundschaftsrecht und mit den Ergebnissen der Arbeit der Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs.

Arbeitskreis Familienpolitik

Mitglied: Sabine Mundolf

Der Arbeitskreis hat familienpolitische Themen und Vorhaben diskutiert und berät den Fachausschuss Familie und Jugend. Themen im Berichtszeitraum lagen insbesondere in den Bereichen Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege, Armut und soziale Ausgrenzung sowie Pflege in der Familie. Diskutiert wurden die Auswirkungen des BVerfG-Urteils zu den Regelsätzen vom 8. Februar 2010 sowie Gesetzesvorhaben, z. B. zum gemeinsamen Sorgerecht nicht verheirateter Eltern, der Entwurf eines Bundeskinderschutzgesetzes. Thema war zudem der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.

Hauptausschuss:

Mitglied: Dr. Insa Schöningh

Der Hauptausschuss tagte im Berichtszeitraum einmal und beschäftigte sich mit der Jahresrechnung und dem Prüfbericht.

Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung gGmbH (EZI)

Renate Augstein, Vizepräsidentin der eaf, vertritt regelmäßig die eaf in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat des EZI. Die Präsidentin Christel Riemann-Hanewinkel ist ebenfalls Aufsichtsratsmitglied.

Im Berichtszeitraum wurde die EKD als neuer Gesellschafter aufgenommen. Aus diesem Grund war eine Satzungsänderung erforderlich, die gleichzeitig dazu genutzt wurde, notwendige Aktualisierungen und Klarstellungen vorzunehmen.

Familienpflegezeitgesetz des DW EKD (temporäre Arbeitsgruppe)

In den Sitzungen des Arbeitskreises wurden die verschiedenen Stadien des Gesetzgebungsverfahrens des Familienpflegezeitgesetzes aus verschiedener fachlicher Perspektive betrachtet. Esther-M. Ullmann-Goertz vertritt die eaf bei der Gruppe Familienpflegezeitgesetz des Diakonischen Werkes der EKD.

International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR)

Die *International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR)* hat unter dem Titel "Empowering Families as sustainable Partners in social Policy" eine vielbeachtete und gut besuchte Tagung in Malta veranstaltet (12. - 14. März 2010). Dr. Insa Schöningh ist Mitglied des Vorstands und hat die Tagung mit vorbereitet. Sie leitete drei Diskussionsgruppen und die Poster-Session.

Vom 9. bis 11. Oktober 2010 fand in Brüssel das Board Meeting statt, auf dem die Tagung 2011 in Gent/Belgien vorbereitet wurde.

Konferenz Kirchlicher Werke und Verbände (KKWV)

Mitglied im erweiterten Vorstand: Dr. Insa Schöningh

Der Vorstand tagte im Berichtszeitraum fünfmal. Die Bundesgeschäftsführerin ist Mitglied des erweiterten Vorstandes. Neben den Vorstandssitzungen tagte die Delegiertenversammlung zweimal. Innerhalb der evangelischen Verbände im Verhältnis zur EKD gibt es viele Veränderungen, so dass der Schwerpunkt der Vorstandstätigkeit in diesem Jahr auf Gesprächen mit dem Kirchenamt lag.

Kooperationsgruppe im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser beim BMFSFJ

Mitglied: Esther-M. Ullmann-Goertz

Ein Gremium mit Vertretern aus Verbänden und Vertretern der Länder zur Begleitung des Bundesprojekts Mehrgenerationenhäuser. In Vertretung der EKD nimmt Esther-M. Ullmann-Goertz, Referentin in der Bundesgeschäftsstelle, teil. Die Kooperationsgruppe trifft sich dreimal jährlich. Zurzeit begleitet sie die zweite Ausschreibungsphase für die MGH's.

Runder Tisch Sexueller Kindesmissbrauch

Die Präsidentin der eaf, Christel Riemann-Hanewinckel, ist Mitglied des von den drei Bundesministerinnen Schröder, Schavan und Leutheusser-Schnarrenberger einberufenen „Runden Tisches gegen sexuellen Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ (im Folgenden: „Runder Tisch“). Sie selbst, Mitglieder der eaf-Fachverbände oder der eaf verpflichtete Expertinnen und Experten nehmen an allen drei Arbeitsgruppen teil, zum Teil auch an den zusätzlich eingerichteten Unterarbeitsgruppen. Sehr schnell zeigte sich, dass die entstehende Vielfalt und die gleichzeitige Teilnahme an den Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen sowie eine aus Mitgliedern der Landeskirchen zusammengesetzte Arbeitsgruppe „Missbrauchsofferhilfe“ im Kirchenamt der EKD ein koordinierendes Gremium benötigen. Daher wurde ein eaf-interner Runder Tisch ins Leben gerufen, an dem die EKD, das DW, EKFuL, EZI und der eaf verbundene Experten beteiligt sind. Das Gremium sorgt für den Austausch der Themen und Schwerpunkte der drei Arbeitsgruppen und koordiniert das Vorgehen von evangelischer Seite am Runden Tisch. Der Runde Tisch der eaf trat 2010 dreimal zusammen, ebenso oft tagten die Arbeitsgruppen der drei Ministerien. Die eaf hat sich besonders bei den Themen „Ausbau des Beratungsnetzwerks“ (UAG des BMFSFJ) und „Leitlinien zur Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden (UAG des BMJ)“ engagiert. Die Ergebnisse dieser Beratungen sind eingegangen in den Zwischenbericht des Runden Tisches, Bd. 2, Arbeitspapiere.

VDK Sozialverband Deutschland

Seit Mai 2011 gibt es eine Kooperation mit dem VDK. In einem gemeinsamen Brief haben die Präsidentinnen des VDK, Ulrike Mascher, und der eaf, Christel Riemann-Hanewinckel, einen gemeinsamen Brief an den Gesundheitsminister geschrieben. In ihm wurde die rentenrechtliche Absicherung für Pflegende gefordert. Eine weitere Kooperation ist für den 5./6. September 2011 mit der Ev. Akademie Berlin zum Thema „Pflege zu Hause erleichtern“ Perspektiven aus Kirche, Politik, Sozialverbänden und Wirtschaft vorgesehen.

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen des BMFSFJ

Mitglieder: Prof. Dr. Irene Gerlach
Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil

Mitglieder des Beirats sind Prof. Dr. Irene Gerlach, Vorsitzende des Fachausschusses „Sozialpolitik und Recht“ der eaf und Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil, Ehrenpräsident der eaf, der nach 40-jähriger Mitgliedschaft ausgeschieden ist, auf Wunsch des Beirats aber weiterhin als ständiger Gast teilnehmen kann. Prof. Dr. Irene Gerlach wurde 2010 zur neuen Vorsitzenden des Beirats gewählt.

Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil hat zum 40-jährigen Jubiläum im November 2010 für den Wissenschaftlichen Beirat ein Handbuch zur Familienpolitik herausgegeben: „Familie – Wissenschaft – Politik“. Anfang 2011 erschien im VS Verlag eine Neubearbeitung des Gutachtens „Ausbildung, Studium und Elternschaft“ und im Sommer 2011 wird das neueste Gutachten „Generationenbeziehungen – Herausforderungen und Potenziale“ erscheinen, bei dem Prof. Keil mit einer kleinen Arbeitsgruppe die Endredaktion zu verantworten hatte.

Unter Prof. Dr. Irene Gerlach, als neuer Vorsitzenden, hat der Beirat sich erstmalig auch mit kurzen Stellungnahmen zum Kinderschutzgesetz und zum Familienpflegezeitgesetz zu Wort gemeldet.

Zukunftswerkstatt Familie der SPD

Die Zukunftswerkstatt traf sich am 21. April 2010 zur konstituierenden Sitzung des „Familienpolitischen Beirats“. Christel Riemann-Hanewinckel vertritt die eaf im Familienpolitischen Beirat. Auf der zweiten Sitzung der Zukunftswerkstatt, am 11. Oktober 2011, hat Christel Riemann-Hanewinckel das Impulsreferat zum Thema „Zukunft der Pflege“ gehalten. Aus dem Beirat ist inzwischen eine Arbeitsgruppe Pflege hervorgegangen, in der Dr. Insa Schöningh mitarbeitet.

4.3 Kooperationstagungen

2009 ist die eaf mit dem für einen Familienverband neuen Thema „**Häusliche Pflege**“ an die Öffentlichkeit getreten. Dies wurde 2010 mit verschiedenen Veranstaltungen weitergeführt:

- 4. März 2010 „Pflegerische Angehörige unterstützen. Perspektiven aus Kirche, Politik und Wirtschaft“, eine Kooperationsveranstaltung der eaf, mit dem **Büro des Bevollmächtigten der EKD und der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg**. (ausführlich s. Jahresbericht 2009/10)
- 14. Mai 2010 „Die Pflege – ein Pflegefall. Familie im Pflegealltag“, eine Kooperationsveranstaltung mit dem **Familienbund der Katholiken auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag** in München. (ausführlich s. Jahresbericht 2009/10)
- 18./19. November 2010 „*Asynchron. Zeit in Familie und Gesellschaft*“. Für diese Tagung in der **Evangelischen Akademie Thüringen** in Neudietendorf ist die eaf eine Kooperation mit der Diakonie Mitteldeutschlands und der Evangelischen Erwachsenenbildung Thüringens eingegangen. Es ging um die unterschiedlichen Zeitrhythmen in der Familie und im Erwerbsleben und damit auch, aber nicht ausschließlich, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

- In einer internen Arbeitsgruppe der eaf, die sich dreimal getroffen hat, wurden Möglichkeiten, der Weiterarbeit an diesem Thema für 2011 erdacht und die Kampagne „Pflege in guter Gesellschaft“ entwickelt (s. dazu 3.1).

Kooperation Evangelische Akademie Bad Boll

Familiäre Leitbilder in Gesellschaft, Justiz und Politik; Tagung der Ev. Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem Deutschen Familiengerichtstag und der eaf vom 29. bis 31. Oktober 2010 in Bad Boll. Die verschiedenen – meist unausgesprochenen – (Leit)bilder, die politischem Handeln oder rechtlichen Regelungen zugrunde liegen, wurden der Entwicklung von Familie gegenübergestellt. Wo passen sie zusammen, wo nicht und welche Formen gelebter Familie haben sich sozusagen trotz dieser Leitbilder entwickelt? Welche Rolle spielt Verwandtschaft angesichts reproduktionsmedizinischer Möglichkeiten? Die Teilnehmenden kamen zu dem Schluss, dass die Herausforderung insbesondere der Politik und des Rechts darin besteht, möglichst allen Formen von generationsübergreifenden Verantwortungsgemeinschaften, die sich als Familie verstehen, einen guten Rahmen zu Verfügung zu stellen, ohne bestimmte Formen zu bevorzugen oder zu benachteiligen.

Frauenstudien- und -bildungszentrum in der EKD (FSBZ) Studiengruppe Neuer Feminismus

Mitglied: Sabine Mundolf

Die Studiengruppe befasste sich mit dem Standort und der Wirkungskraft des modernen Feminismus und untersuchte, welche Anliegen und geschlechterpolitische Fragen junge Frauen heute in die öffentliche Diskussion einbringen. Sie beleuchtete die Thesen zu unbegrenzten Verwirklichungsmöglichkeiten im Kontrast zur gesellschaftlichen Realität und zur Lebensplanung junger Frauen.

Wir wollen alles. Und das ist nicht zu viel verlangt! – Unter diesem Motto stand der Fachtag der Studiengruppe am 28. Oktober 2010 in Kassel: Wie definieren junge Frauen Feminismus heute und wie kommt er in ihrer Lebensrealität zum Tragen? Manuela Schwesig, Ministerin für Gesundheit und Soziales aus Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Silke Lechner, Studienleiterin des Deutschen Ev. Kirchentages, Dr. Elke Eisenschmidt, Ratsmitglied der EKD, Margarita Tsomou, Herausgeberin Missy Magazin stellten sich den Fragen der Gäste und bezogen Position zu Fragen der Gleichberechtigung, Wahlfreiheit von Lebensmodellen sowie zu Erwartungen und Forderungen an Kirche und Gesellschaft.

4.4 Mitwirkung (Tagungen, Seminare) / Medien

Augstein, Renate

- Vortrag *Gleichstellungspolitik und Familienpolitik: Zwei Seiten einer Medaille* zum Symposium Erziehung und Emanzipation zur Verabschiedung von Gretel Wildt, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., 28. Januar 2011

Bomm, Gundula

- *Interview* in der Thüringer Landeszeitung zur Situation der Familien und der Familienverbandsarbeit in Thüringen, 26. April 2011

- *Grußwort zur Festveranstaltung* anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Familienbundes der Katholiken im Land Thüringen und Bistum Erfurt, „Gemeinsam für Familien in Thüringen!“, 15. Mai 2011

Gerhard, Prof. Dr. Ute

- Vortrag *Wie Gender- und Familienforschung zueinander stehen* zur Fachtagung der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut, München, „Gender und Familie“, 1. bis 3. Dezember 2010
- Vortrag *Familienpolitik für Väter? – Strukturelle Barrieren und gewohnte Verhaltensmuster* auf der Tagung *Neue Väter braucht das Land* der Hessischen Hochschulen in Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, 23. November 2010

Hötzel, Wolfgang

- *Vorstellung der zentralen Aussagen des Wissenschaftlichen Beirates des Bundesforums Familie (BFF)*, Abschlussveranstaltung „Familie und Gesundheit“, Berlin, 6. April 2011

Keil, Prof. Dr. Dr. Siegfried

- Vortrag: *Gerechtigkeit in Protestantischer Sicht*, IHK Kassel/Marburg, 26. Mai 2010
- Vortrag: *Bürgerliche Ehe und evangelische Ethik nach dem Wegfall des Verbots kirchlicher Trauungen vor der standesamtlichen Eheschließung*, Wissenschaftliche Vereinigung für Familienrecht e. V., Marburg, 5. Juni 2010
- Vortrag: *Kindheit, Erziehung und Gesellschaft*, zur Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing „Mein Kind soll es mal besser machen“, in Rothenburg o. d. T., 5. bis 7. November 2010
- Vortrag: *Evangelische Sexualethik* auf dem 29. Med. Theol. Kolloquium „Sexueller Missbrauch in Familie und Institutionen“ in Schleswig, 5. März 2011

Mundolf, Sabine

- Moderation Gesprächsrunde Schwesig/Lechner, *Wir wollen alles. Und das ist nicht zu viel verlangt!*, Kooperationstagung fsbz, Kassel, 28. Oktober 2010

Riemann-Hanewinckel, Christel

- Thesen: *Was brauchen Angehörige?, Was kostet Pflege?* - Pflege ihn und ich will Dir`s bezahlen; Gesundheitsakademie Hannover, 7. Oktober 2010
- *Zukunft der Pflege* Impulsreferat bei der Zukunftswerkstatt Familie der SPD, Berlin, 11. Oktober 2010
- *Was Familien brauchen*, Mitgliederversammlung eaf-Rheinland, Düsseldorf, 22. November 2010
- Auslegung der Jahreslosung 2011 *Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem*, Kindernothilfe e. V., www.kindernothilfe.de, 1. Januar 2011
- *Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte von Frauen – ein nationaler und internationaler Diskurs*, Eröffnung Masterstudiengang, Hochschule Merseburg, 6. Januar 2011

- *Welche Impulse werden vom Runden Tisch für die Evangelischen Beratungsstellen ausgehen?*, Informationen zum Zwischenbericht des Runden Tisches, Hauptstellenleitungskonferenz, Berlin, 25. Januar 2011
- Interview zur Arbeit und Ergebnissen der Bundesstiftung Mutter und Kind, Bundesstiftung, 1. Februar 2011
- *Familie – biblisch-theologische Zusammenhänge*, Weiterbildung für Mitarbeitende des DW EKM, Schönburg/Naumburg, 5. Mai 2011
- *Und was habe ich davon? Ehrenamt als Gewinn*, Festrede Eröffnung der Woche für das Leben, eaf-Dresden, Hygiene-Museum, 7. Mai 2011
- Vortrag *Familienbilder im Wandel – welche Aufgaben kommen auf Familien zu?*, Mitgliederversammlung eaf Sachsen, Haus der Kirche, Dresden, 6. Juli 2011

Schöningh, Dr. Insa

- Radiointerview zum Thema *Kirchen und Familienpolitik* mit Gabriele Kammerer, rbb, 27. August 2010
- Vortrag *Bildung und Kinderarmut*, Hintergrundgespräch der AGF zu aktuellen Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut in der EU, Brüssel, 1. September 2010
- Moderation der Arbeitsgruppe *Familienrecht* zur Tagung „Familiäre Leitbilder in Gesellschaft, Justiz und Politik“, Bad Boll, 30. Oktober 2010
- Interview mit Herrn Thieme, Frankfurter Rundschau, zum Thema *Runder Tisch Sexueller Kindesmissbrauch*, 26. November 2010
- Vortrag *Ganzheitliche Familienpolitik* beim EAK-Landesseminar (Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen), Moritzburg, 28. Januar 2011
- Vortrag *Familien*, „Kirche gegen Armut – mehr als gut gemeint?“, Berlin, Ev. Akademie Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, 4. März 2011
- Vortrag *Familie 2011 – Herausforderungen für Kirche und Politik*, auf der Tagung „Kittas gehen neue Wege“ Stuttgart-Fellbach, 25. März 2011

Steinert, Wilfried

- Vortrag *Wie funktioniert eine inklusive Schule?* zur Tagung „Behinderungen und Verhinderungen“, Ev. Akademie Tutzing, 21. Mai 2011

Ullmann-Goertz, Esther-M.

- Grußwort zur Verabschiedung von Barbara Witthohn im Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, 3. September 2010
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion zum Kirchentagsthema *Ich bin so frei*, auf dem 6. Kreiskirchentag in Torgau, 5. September 2010
- Teilnahme an der Pressekonferenz Bundesforum Männer, 5. November 2010
- Vortrag *Familienpolitische Impulse aus der Bundespolitik für die Arbeit vor Ort* zum 10-jährigen Jubiläum der Beratungsstelle für Schwangerschaft, Familie und Sexualität Coesfeld des Diakonischen Werkes des Ev. Kirchenkreises Steinfurt-Coesfeld-Borken e. V., 5. April 2011

- Vortrag *Pflege in guter Gesellschaft – ein neues Thema in der Familienpolitik*, Mitgliederversammlung der eaf Sachsen-Anhalt e. V., 6. April 2011
- Grußwort zur Verabschiedung von Petra Herre, Erfurt, 16. Mai 2011

5. LANDESARBEITSKREISE

5.1 Konferenz und Arbeitstreffen

Vertreterinnen und Vertreter der eaf Landesarbeitskreise/Landesverbände trafen sich zu ihrem jährlichen Arbeitstreffen am 16. und 17. November 2010 in Berlin. Pfarrerin Anna-Dorothea Küster, Sozialwissenschaftliches Institut (SI) Hannover, stellte die Studie „Armut in ländlichen Räumen“ (Marlis Winkler: Nähe, die beschämt. Armut auf dem Land. Eine qualitative Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, Münster 2010) vor. Im Anschluss wurde überlegt, wie eaf Landesarbeitskreise mit diesen Befunden umgehen können. Traditionell wird bei den Arbeitstreffen der eaf ein Ort in Berlin besucht, an dem „Politik gemacht“ wird. Diesmal war die Gruppe im Willy-Brandt-Haus. Das Gebäude des SPD-Vorstandes wurde besichtigt und die Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug sprach über aktuelle familienpolitische Themen. Herr Iversen kam, um die Arbeit der AGF auf Bundesebene zu erläutern und in einen Erfahrungsaustausch einzutreten, wie die verschiedenen AGF (LAGF/AKF)-Zusammenschlüsse auf Länderebene arbeiten.

Konferenz der Landesgeschäftsführungen (LGFK)

Die Landesarbeitskreise/Landesverbände trafen sich zu ihrer Konferenz am 15./16. März 2011 in Hannover. Bei dieser Konferenz konnte die neue Geschäftsführerin der eaf Baden, Frau Moser, begrüßt werden. Herr Neuberger von der eaf Bayern wurde nach langjähriger Mitarbeit verabschiedet. Die Geschäftsführenden berichteten von der familienpolitischen Entwicklung in ihren Landeskirchen und Bundesländern sowie von Aktivitäten der einzelnen Landesarbeitskreise/Landesverbände. Frau Sabrina Johann vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD gab einen Zwischenbericht zu dem Projekt „Auftrag Familie - Familien stärken in evangelischer Perspektive“. Die Präsidentin der eaf, Frau Christel Riemann-Hanewinkel, gab Informationen über die Vorhaben im laufenden Organisationsberatungsprozess der eaf. Außerdem wurde der gegenwärtige Stand der eaf Kampagne „Pflege in guter Gesellschaft“ vorgestellt. Demnächst soll dazu die Unterwebsite auf der neuen www.eaf-bund.de Website online gehen und Einladungskarten für die Aktion der eaf am Tag der Pflegenden am 12. Mai 2011 auf dem Berliner Schlossplatz versandt werden.

5.2 Tätigkeitsberichte der Landesarbeitskreise

eaf Baden

Die eaf Baden hat sich nach nunmehr vier Jahren nach ihrer Gründung weiter konsolidiert und ist ein wichtiges Netzwerk der familienbezogenen Arbeit der Evangelischen Landeskirche und ihrer Diakonie geworden. Die Kooperation über die einzelnen Fachbereiche hinaus ist gelungen. Ebenso ist die eaf Baden auf landeskirchlicher Ebene die Ansprechpartnerin für den Themenbereich Familie und wird mit ihren fachlichen Ressourcen häufig angefragt und in wichtige familienpolitische Beratungsprozesse einbezogen. Dieses gelungene, familienpolitische Netzwerk ist auch ein Modell für die Kooperation auf Gemeinde- bzw. Be-

zirksebene. Das Interesse an der eaf Baden spiegelt sich auch in vermehrten Anfragen zur Mitarbeit bzw. Mitgliedschaft wieder.

Kongress „Kirche für Familien“ am 26. Juni 2010 in Karlsruhe

Die Aktivitäten im Jahr 2009/2010 waren von der Vorbereitung des Familienkongresses „Kirche für Familien“ am 26. Juni 2010 in Karlsruhe bestimmt. Ehrenamtliche und Hauptamtliche, die in Kirche und Diakonie in der Familienarbeit engagiert sind, Familien sowie auch interessiertes Fachpublikum waren eingeladen sich in Vorträgen und Workshops mit der Frage auseinanderzusetzen, wie Kirche/Kirchengemeinde eine Heimat für Familien sein kann. Das Tagesdesign, mit zwei Vorträgen von Prof. Dr. Michael Domsgen (Universität Erfurt) und fünfzehn Workshops zu allen wichtigen Themen, die Familien betreffen, bot eine Fülle von Anregungen sowie auch ein Forum zur Auseinandersetzung und Ideenentwicklung. Ziel des Kongresses war es neben der inhaltlichen Auseinandersetzung vor allem praktische Impulse für die Arbeit vor Ort zu geben. Dazu wurde ein begleitender Wettbewerb „Wer knüpft das beste Netz für Familien?“ ausgerufen, der am Kongresstag selbst eröffnet wurde. Die offizielle Preisverleihung wird auf der Landessynode 2011 durch die Synodalpräsidentin erfolgen. Die Preise werden schwerpunktmäßig aus „man bzw. womenpower“ bestehen, also Beratung, Coaching und Workshops vor Ort, sollen die jeweiligen Projekte unterstützen und weiter entwickeln. Die eaf Baden hat mit diesem Kongress von Anfang an die Rückbindung an die innerkirchlichen Strukturen und Gremien gesucht und so ist diese Veranstaltung ein weiterer Meilenstein im Kontext des Ökumenischen Studententags Familie der Landessynode im Jahr 2008 sowie der open space Konferenz „Familie stärken“ im Jahr 2006. Der Kongress wurde mit einem abschließenden familienpolitischen Statement der eaf Baden beendet. Die Ergebnisse sowie das Statement werden auf der Herbstsynode der Evangelischen Landeskirche in Baden 2010 vorgestellt und sollen Grundlage der weiteren eaf-Arbeit in Baden sein. Eine Dokumentation des Kongresses kann unter www.Familiennetz-Baden.de abgerufen werden.

Ökumenische Zusammenarbeit

Die ökumenische Zusammenarbeit in Baden mit der Erzdiözese Freiburg hat sich weiter verfestigt und ist von einer guten und konstruktiven Zusammenarbeit geprägt. Auf dem Ökumenischen Kirchentag in München fand eine gemeinsame Gesprächsrunde, an der auch die eaf Baden beteiligt war, statt.

Die „Frau als Mitschöpferin“ heißt ein Studententag zu Spiritualität und Schwangerschaft und Geburt, der in ökumenischer Zusammenarbeit veranstaltet wird.

Themen und Projekte der eaf Mitglieder

- Die **Evangelische Arbeitnehmerschaft Baden** (EAN) hat im Jahr 2009 zwei erfolgreiche Tagungen für Familien und Fachleute durchgeführt: „Halt geben - Halt sagen - Grenzen setzen“ sowie eine Abendveranstaltung zum Thema „Was leistet die Familie für die Gesellschaft - was leistet die Gesellschaft für die Familie“
- Der im Jahr 2009 gegründete erste Standort des **Projektes Wellcome**, der Frauenarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden und dem Diakonischen Werk Freiburg hat sich zu einem festen Angebot entwickelt und wird von der Frauenarbeit fachlich begleitet. Weitere vier Standorte sollen mit verschiedenen Kooperationspartnern in der Evangelischen Landeskirche Baden initiiert werden.
- **Hertie Audit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Der Evangelische Oberkirchenrat hat 2008 das Zertifikat der Hertie Stiftung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verliehen bekommen. Viele der im Maßnahmenkatalog vereinbarten Projekte und Aktivitäten konnten umgesetzt werden. Schwerpunkt im Jahr 2010 wird das The-

- ma „Vereinbarkeit von Pflege und Familie“ sein. Neben einer breiten Informationskampagne über alle Themen „Rund um die Pflege“, soll ein Fortbildungsangebot konzipiert sowie eine Angehörigengruppe und eine Beratungshotline eingerichtet werden.
- **Religionspädagogik für Kinder unter drei Jahren in Evangelischen Kindertagesstätten:** Seit 2005 wird er politisch vorangetrieben - der Ausbau der Krippenplätze für unter Dreijährige in Kindertageseinrichtungen. Für evangelische Kindertageseinrichtungen bedeutet dies, dass sich neben dem pädagogischen Konzept auch neue religionspädagogische Herausforderungen stellen müssen. Die jetzt erschienene Handreichung „Religion von Anfang an“ nimmt auf, dass sich Religiosität in vielfältiger Weise ab der Geburt gestalten und entwickeln lässt.
 - **Kinderlounges:** Immer mehr Kinder und Jugendliche suchen Schutz und Hilfe in Bahnhofsmissionen. Insbesondere auch Scheidungskinder auf der Fahrt zur Mutter oder zum Vater. An sechs Bahnhöfen im Südwesten werden nun – auf Initiative des Referats Bahnhofsmissionen im Diakonischen Werk Baden - Kinderlounges in evangelischer, katholischer und ökumenischer Trägerschaft eingerichtet, die für die besonderen Bedürfnisse dieser Zielgruppe konzipiert werden.
 - **Weitere Schwerpunktthemen** der familienbezogenen Arbeit der Diakonie Baden sind z. B.: Onlineberatung, Pränataldiagnostik, neue Konzepte in der Familienpflege und Haushaltshilfe, Kitas zu Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser - Familienzentren - sozialraumorientierte Zentren.

Familienpolitik des Landes Baden-Württemberg

Die eaf Baden ist über je zwei Delegierte der Evangelischen Landeskirche in Baden und des Diakonischen Werkes Baden im Landesfamilienrat Baden-Württemberg vertreten. Weiteres zum Landesfamilienrat und zur Familienpolitik: siehe eaf Württemberg „Familienpolitik des Landes Baden-Württemberg“, S. 52 f.

Weitere Themen und Projekte der eaf Baden sind: Kindeswohl bei Trennung und Scheidung, Pflegestützpunkte, Familienhebammen – Familienbesucher, Konzept zum Ausbau familienunterstützender Dienstleistungen, Unterhaltsvorschussgesetz.

Magdalena Moser
Geschäftsführerin

Hannelore List
Geschäftsführerin

eaf bayern e. V.

Familienpolitische Entwicklungen in Bayern

Im Zuge der Elterngeldkürzungen für Familien im SGB-II-Bezug gab es deutliche Befürchtungen, das bayerische Landeserziehungsgeld könnte ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen werden - entweder, dass es, wie das Elterngeld auf Hartz-IV angerechnet oder komplett gestrichen wird. Die eaf bayern hatte deshalb zusammen mit den anderen bayerischen Familienverbänden alle Landtagsabgeordnete in einem Schreiben aufgefordert, sich für den Erhalt des Landeserziehungsgeldes einzusetzen, die Rücknahme der 2007 vorgenommenen Kürzungen zu beschließen und eine Dynamisierungsklausel in das Gesetz aufzunehmen. Die Kürzungen wurden nicht zurückgenommen und ein dynamischer Inflationenausgleich fehlt immer noch, aber das Landeserziehungsgeld bleibt als wichtige familienpolitische Maßnahme - gerade auch für Eltern im Hartz-IV-Bezug - erhalten.

Bayern hat sich als Flächenstaat in das Aktionsprogramm des Bundesfamilienministeriums mit 91 Mehrgenerationenhäusern (10 in Trägerschaft der Diakonie/Landeskirche) eingebracht. Das Sozialministerium ist durchaus daran interessiert, die generationenübergreifende Arbeit und die bewährten Vernetzungsstrukturen der bayerischen Mehrgenerationenhäuser zu erhalten. Gleichwohl sieht es sich nicht in der Lage, ein eigenes Anschlussförderprogramm aufzulegen. Deshalb ist das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II des BMFSFJ, das eine Verlängerung der Anschubfinanzierung unter Beteiligung von Land bzw. Kommunen vorsieht, begrüßt worden. Bislang ist vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) jedoch nur angedeutet worden, dass sich das Land bei der Mehrbelastung der Kommunen beteiligen könnte. Gleichzeitig fordert es die staatlichen Mittel rasch durch nichtstaatliche Mittel zu ersetzen.

Die als „Modellprojekt Familienstützpunkte“ gestartete Initiative des bayerischen Familienministeriums sammelt inzwischen an 11 Modellstandorten bei den jeweiligen Jugendämtern erste Erfahrungen. Das Projekt wird über einen Zeitraum von zwei Jahren mit 1 Mio. Euro gefördert. Ziel ist die Vernetzung und Professionalisierung bereits vorhandener Einrichtungen, wie z. B. Kindertageseinrichtungen, Mütterzentren oder Erziehungsberatungsstellen. Das Projekt geht zurück auf den Landtagsbeschluss zu einem Bayerischen Gesamtkonzept Eltern- und Familienbildung mit einzelnen modularen Bausteinen. Neben einem „Leitfaden zur Familienbildung“ hat das mit der Implementation beauftragte Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg - ifb - im Frühjahr 2011 auch ein „Handbuch zur Familienbildung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern“ herausgegeben.

Mit Blick auf die Tagesbetreuung für Kinder ist eine Weiterentwicklung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) geplant. Es ist u. a. vorgesehen, Art. 24 UN-Konvention zur Inklusion im BayKiBiG zu verankern und eine Verbesserung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern (Gastkinderregelung) vorzunehmen. Von der eaf bayern wurde die Einführung eines eigenen Betreuungsschlüssels im Sinne einer Grundsicherung angeregt und mit Hinweis auf den Ausbau der Ganztagschulen die Beitragsfreiheit für die Hortbetreuung gefordert. Die Einführung eines beitragsfreien letzten Kindergartenjahres, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, steht immer noch aus.

Der Bedarf an Ganztagschulen wächst in Bayern stetig. Für das Schuljahr 2010/2011 hat sich gegenüber dem Vorjahr, laut Sozialministerium, die Zahl der Ganztagszüge um 60,7 % auf 241 Züge erhöht. Bis 2013 soll der Ausbau von Ganztagschulen sich auf insgesamt 540 belaufen. Vor diesem Hintergrund haben einige Mitgliedsorganisationen der eaf bayern Forderungen an eine schülergerechte Ganztagschule erhoben (vgl. FPI Bayern 1/2011).

Aus der Arbeit der eaf bayern

Die Mitgliederversammlung der eaf bayern hat sich im Dezember 2010 u. a. mit dem Thema „Kindergrundsicherung“ befasst und dabei die Positionen des VAMV, des Bündnisses Kindergrundsicherung und der eaf (Bund) zur Kenntnis genommen. Diese erste Befassung hat noch nicht zu einer eindeutigen Positionierung der eaf bayern geführt.

Auch in der AGF Bayern stand das Thema auf der Tagesordnung. Der Grundsatzreferent für Familienfragen im Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Frauen, Josef Ziller hielt dazu einen Vortrag, in dem er die komplexen Beziehungen und Auswirkungen der unterschiedlichen Elemente des derzeitigen Familienleistungsausgleichs darstellte und auf Unwägbarkeiten für verschiedene Zielgruppen bei einem Systemwechsels zur Kinder-

grundsicherung hinwies. Gleichzeitig unterstrich er die differenzierte Stellungnahme der eaf (Bund) und empfahl sie als Grundlage für ein gemeinsames AGF-Papier.

Derzeit ist das Sozialministerium mit einem Antrag des Landtag-Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit befasst, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird zu berichten, welche Leistungen als Gegenfinanzierung für eine Kindergrundsicherung herangezogen werden können, welche Kosten damit verbunden sind und wie der Vorschlag als Armutsprävention bewertet werden kann. eaf und AGF werden die Antwort der Regierung im Landesbeirat für Familienfragen erörtern.

2010/2011 konnte eine Reihe von Gesprächen mit der Politik geführt werden: Mit der Ministerin und dem Staatssekretär des Familienministeriums, dem Staatssekretär des Bildungsministeriums sowie mit Spitzen der Landtagsfraktionen und familienpolitischen Sprecher/innen der CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dabei kam ein breites Spektrum an aktuellen familienpolitischen Themen zur Sprache, z. B. Kindergrundsicherung, Sparpolitik, Elterngeld, Landeserziehungsgeld, Studiengebühren, Tageseinrichtungen für Kinder, Bildungspolitik, Familienbildung, Familienverträglichkeitsprüfung. Über diese Beratungen konnten gute Kontakte aufgebaut werden, so dass die AGF eine regelmäßige Weiterführung der Gespräche geplant hat. Daneben sind die AGF-Gespräche mit Vertretern der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) wieder aufgenommen worden. Nach dem es bereits einen Austausch zu Fragen der Bildung gab, folgte nun ein Dialog zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Wirtschaft hat dabei großes Interesse am Aspekt „Pflege“ gezeigt und den Wunsch nach Kooperation signalisiert.

Für die Öffentlichkeitsarbeit 2010/2011 konnte die eaf bayern staatliche und landeskirchliche Mittel einsetzen zur Finanzierung u. a. folgender Projekte: Broschüre „Familie und Migration. Situation – Erfahrungen – Impulse“; Nachdruck der Broschüre „Vertrauen von Anfang an – Informationen und Anregungen zur Arbeit mit den Elternbriefen zur religiösen Erziehung“; „Familienpolitischen Information“ (FPI) der eaf/eaf bayern; Praxisprojekt „Elternbildung für sozial benachteiligte Eltern nach der Geburt eines Kindes“ (Kooperationspartner ist das FrauenWerk Stein mit der Ev. Familienbildungsstätte Nürnberg); Praxisprojekt „Familienberatung Südstadtforum“ mit einem türkisch sprechenden Berater (in Kooperation mit dem Ev. Fachverband für Beratung - Schwangerschaft, Ehe, Familie, Leben, Erziehung und der Ehe-, Paar- und Lebensberatungsstelle der Stadtmission Nürnberg).

Mitte Juli 2011 wird Helmut Neuberger in die Freistellungsphase der Altersteilzeit treten und nach 23 Jahren als Referent für Familienarbeit aus dem Diakonischen Werk Bayern ausscheiden und damit auch als Geschäftsführer der eaf bayern seinen Dienst beenden.

Helmut Neuberger
Geschäftsführer

eaf Berlin-Brandenburg e. V.

Die Landesregierung des Landes Brandenburg hat beschlossen, das Programm zum Ausbau des Landes zur „Familienfreundlichen Region“ weiterzuführen und dazu einen überarbeiteten Maßnahmenkatalog vorgelegt. Dabei soll auf die bewährte Arbeit in den vorhandenen Strukturen der „Netzwerke Gesunde Kinder“ und der „Lokalen Bündnisse für Familien“ zurückgegriffen werden. In einem ausgewählten Landkreis soll das Projekt der familien-

freundlichen Region auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Die Familienverbände begleiten diese Prozesse fachlich und arbeiten hierzu im Landesbeirat für Familienfragen mit.

Schwerpunkte der Arbeit in der LAGF waren die Themen:

- Familienerholung
- Stiftung Familien in Not
- Lokale Bündnisse für Familien
- Brandenburger Familienpreis
- Schüler – BAföG.

Diese Themen waren u. a. auch Inhalt des familienpolitischen Gesprächs mit den Vertreter/innen der Landtagsfraktionen und des Gesprächs des Sozialministers mit den Familienverbänden.

In Berlin orientiert sich die Landespolitik an den Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt. Die Familienverbände arbeiteten hier vor allem an den Themen Familienbildungsreisen und Familienerholung und befassten sich mit der Arbeit des Familienbeirates in Vorbereitung auf den Berliner Familienbericht.

Der Vorstand des LAK befasste sich auf seinen Sitzungen u. a. mit folgenden Themen:

- Familienbildung, Familienbildungsgesetz
- Neue Regelsätze für Familien / Bildungsgutscheine
- Pflege im familiären Umfeld
- Studie „Armut auf dem Land“.

In Kooperation mit dem Amt für Kirchliche Dienste wurden mehrere Veranstaltungen durchgeführt, so z. B. ein Vater-Kind Wochenende und ein Qualifizierungskurs für Mitarbeiter/innen in der Eltern-Kind-Arbeit. Erstmals gab es im Rahmen des Ökumenische Jugenddienste-Workcamp-Programms ein Internationales Familien-Workcamp, das in Kooperation mit der Evangelischen Familienbildung und der eaf entwickelt und durchgeführt wurde.

Die eaf war auf verschiedenen Veranstaltungen auf Landesebene präsent, u. a. auf der Brandenburgischen Familienbildungsmesse.

Im Rahmen einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit wurde ein neuer Flyer des Landesarbeitskreises erarbeitet und die Voraussetzungen für einen eigenen Internetauftritt geschaffen.

Dr. Frank Wilde
Geschäftsführer

eaf Kurhessen-Waldeck

Bundesland Hessen

Nachfolger des Sozial- und Arbeitsministers Jürgen Banzer (CDU) ist seit August 2011 der bisherige Staatskanzlei-Chef Stefan Grüttner.

Prävention

- Ausbau der Betreuung durch Familienhebammen
- Wellcome: finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung im Rahmen der Familienpolitischen Offensive, mittlerweile an 16 Standorten.

Der Werra-Meißner-Kreis wird nach den Landkreisen Offenbach und Bergstraße (wo die Förderung aktuell in die Regelförderung übergeht) als dritter Standort des Landespräventionsprojekts „Keiner fällt durchs Netz“ auf- und ausgebaut, mit dem Risikofamilien im ersten Lebensjahr des Kindes unterstützt werden. Der Ausbau der frühen Hilfen und die Stärkung der Elternkompetenz sind Schwerpunktthemen der Hessischen Landesregierung. Das Land setzt derzeit 2,9 Millionen Euro für frühe Hilfen ein und will das Projekt an noch mehr Standorten etablieren.

Hessischer Bildungs- und Erziehungsplan 0 – 10 Jahre

BAMBINI-Knirps-Programm (Betreuungsplätze ausbauen, Mittel bereitstellen, in Nachwuchs investieren/Kleinkindern nachhaltig intensiv rechtzeitig Plätze schaffen). Die Anzahl der Plätze wurde in den vergangenen Jahren auf einen Versorgungsgrad von 25,2 % erhöht. Die Mittel für das Bambini-Programm sind für das Jahr 2011 um 5 Millionen auf 95 Millionen Euro aufgestockt worden. Hinzu kommen weitere 8,1 Millionen Euro für den Neuplatzbonus.

Weitere Projekte, Modelle, Initiativen

- Projekt Frühstart: zweisprachige Ehrenamtliche sollen Kontakte zwischen den Betreuungseinrichtungen und Familien mit Migrationshintergrund herstellen (mit 90 Stunden Ausbildung).
- Hessenstiftung „Familie hat Zukunft“ hat als Modellprojekte u. a. „Studieren mit Kind“, „Tagesväter“.
- Ausbau ausgewählter Kitas zu Familienzentren
- Bei dem Modell „Familienstadt mit Zukunft“ gehen ca. je 2 Mill. € über 10 Jahre an die Mittelstädte Büdingen und Frankenberg.
- Wettbewerb „Familienfreundliches Unternehmen“.

Schule

- Einrichtung eines Runden Tisches zur geplanten Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an hessischen Schulen.
- Das Projekt „Unterrichtsgarantie Plus – für eine verlässliche Schule“ wird von Seiten der Eltern und Schüler/innen weiterhin sehr kritisch beurteilt, u. a. weil auch ungelernete Kräfte eingesetzt werden.
- Viele Schulen sind nach Abstimmung in der Schulkonferenz wieder zum Abitur in neun Jahren zurückgekehrt.
- Lokale Bündnisse für Familien in ca. 70 Kommunen und Kreise
- Aktuell gibt es in Hessen 29 Mehrgenerationenhäuser.

AGF-Hessen

Wie in den Vorjahren finden regelmäßige Sitzungen und ein kooperativer Austausch statt. Das Grundsatzprogramm der AGF dient dabei nach wie vor als Türöffner. Erstmals lud das Kultusministerium ein und zeigte im intensiven Gespräch ein großes Interesse am Thema Familie. Erstmals führte die AGF einen gemeinsamen Fachtag zum Thema „Kinderarmut“ durch, begleitet von der Fotoausstellung „Kinderwelten“ der AGF-Bund.

Veranstaltungen und Aktionen

Im Mai 2011 fand ein Studientag des Arbeitskreises Kinder in der EAF-EKKW (Engagement im Rahmen der „Woche für das Leben“): zum Thema „Kinder und Sexualität – gibt's“ statt (Hauptreferentin Christa Wanzeck-Sielert) sowie fünf Workshops.

Die Landeskirche hat entschieden, die Aktion „Mit Kindern neu anfangen – Taufverantwortung wahrnehmen“ der Ev. Kirche von Westfalen für EKKW zu übernehmen. Der Arbeitskreis Kinder begleitet das Projekt in den ersten fünf Jahre der Erprobung. Mittlerweile nehmen 60 Gemeinden an dem Projekt teil. Es entwickeln sich neue Arbeitszusammenhänge, in denen das Interesse am Thema „Familie“ groß ist. Am 12. März 2011 fand der 2. Fachtag zum Thema „In die Wiege gelegt“ - Glaube als Frage von Familie und Milieu“ statt. Es wird angestrebt, dass sich je Kirchenkreis fünf Gemeinden an dem Projekt beteiligen.

Brigitta Leifert
Geschäftsführerin

eaf Hessen-Nassau

Familienpolitischen Entwicklungen im Land Hessen: siehe Bericht des Landesarbeitskreises Kurhessen-Waldeck.

Die familienpolitische Arbeit der eaf Hessen findet in enger Absprache und guter Kooperation in den beiden Landesarbeitskreisen der beiden Evangelischen Kirchen in Hessen-Nassau (EKHN) und Kurhessen-Waldeck statt.

Die **Neukonstituierung des Landesarbeitskreises** eaf Hessen und Nassau ist immer noch nicht abgeschlossen. Die Festlegung einer zukünftigen Struktur der eaf muss im Kontext der Grundsatzfrage geklärt werden, wie das Themenfeld „Familie“ mit allen dazugehörigen Arbeitsaufträgen, Arbeitsfeldern und Gremien zukunftsfähig innerhalb der EKHN aufgestellt werden soll. Im Berichtszeitraum fanden dazu mehrere Beratungen statt, der Prozess soll bis zum Jahresende 2011 abgeschlossen sein.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen statt. Die dringliche Erstellung einer Homepage für den Landesarbeitskreis sowie Diskussion und Festlegung inhaltlicher Schwerpunkte zukünftiger eaf-Arbeit in der EKHN werden bis zur Klärung der Struktur zurückgestellt. Drei Projekte von eaf-Mitgliedern (Freizeit für Alleinerziehende mit ihren Kindern, Anschubfinanzierung Projekt „welcome“, Begleitung von Müttern in Konfliktsituationen) wurden durch Haushaltsmittel des Landesarbeitskreises finanziell unterstützt.

Der Landesarbeitskreis unterstützte die Postkartenaktion der AGF-Bund „Mehrwert gerecht steuern!“ – Reduzierte Mehrwertsteuer auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder“ und warb durch das gezielte Verteilen der Postkarten für eine möglichst große Beteiligung sowie die Aktion zum Thema „Pflege“ im Mai 2011 durch Öffentlichkeitsarbeit vor Ort.

Der Landesarbeitskreis unterstützte die Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD in der EKHN „Auftrag Familie: Familien stärken in evangelischer Perspektive“. Ziel des Gesamtprojektes ist es in Erfahrung zu bringen, wie das Thema Familie inhaltlich und strukturell in den evangelischen Landeskirchen: Mitteldeutschland, Württemberg, EKHN aufgestellt ist. Neben zahlreichen Interviews mit Einzelpersonen fand am 12. April 11 dazu eine Gruppendiskussion statt, an der Akteure aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern in verschiedenen Ebenen in unserer Landeskirche beteiligt waren.

AGF-Hessen: Wie in den Vorjahren fanden regelmäßige Sitzungen und ein kooperativer Austausch mit den anderen Familienverbänden in Hessen im Rahmen der AGF statt. Im Juni 2010 fand ein Treffen mit Mitarbeitenden des Kultusministeriums statt. Themenschwerpunkte waren: Kindertagesstätten, Erzieher/innen-Ausbildung, Ganztagschule und dreigliedriges Schulsystem. Für den Fachtag im Herbst 2011 „Allen Kindern eine Chance geben“ sind derzeit Gespräche mit den familienpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen geplant.

AGF Rheinland-Pfalz: die kommissarische Geschäftsführerin nahm regelmäßig an den Sitzungen der AGF Rheinland-Pfalz teil. Im Dezember 2010 wurde der Fachtag „Bildungs- und Erziehungspartnerschaft in der Schule“ in Mainz durchgeführt.

Stellungnahmen zu zahlreichen aktuellen politischen Ereignissen machten auf die besondere Lebenssituation von Familien aufmerksam.

Paula Lichtenberger
Kommissarische Geschäftsführerin

eaf Niedersachsen

Aus der Familienpolitik in Niedersachsen

Die Federführung und den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen (AGF) haben seit dem 1. Januar 2010 der Familienbund der Katholiken (FdK) mit Sitz in Vechta. Die mit 15 Stunden wöchentlich über das Land finanzierte Geschäftsführerin hat ihren Dienstsitz weiterhin zentral in Hannover, wegen der Nähe zu den wichtigsten Partnern in Gesellschaft und Politik.

Die AGF arbeitet unter der Federführung des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in einer Lenkungsgruppe zur „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen“ mit, die sich mit dem Thema der Kinderarmut in Niedersachsen befasst. Ziel ist es, den Akteuren der Armutsbekämpfung in Land, Kommunen und Verbänden das für ihre Arbeit notwendige empirische Material handlungsorientiert und unkompliziert zur Verfügung zu stellen, damit darauf aufbauend lokale Berichte und Untersuchungen über regionale und sozialräumliche Problembelastungen über Armut und prekäre Lebenslagen erfolgen und Wege aufgezeigt werden, chancengleich allen Kindern Bildung und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Die AGF und die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege führten gemeinsam eine Veranstaltung „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen“ am 29. September 2010 durch. Die AGF hat die Tagung auf ihrer Homepage dokumentiert, u. a. mit einem Artikel für die Statistischen Monatshefte vom Referenten Prof. Lothar Eichhorn.

Der Statistikteil 2009 zeigt auf, wie sich sozioökonomische Daten einer Region – z. B. Wachstum und Beschäftigung – in Beziehung zu Daten verhalten, die Aufschluss über die Lebenslagen von Kindern geben. Dabei sind besonders die Kommunen interessant, bei denen trotz ungünstiger Strukturdaten die Situation von Kindern und Jugendlichen – praktisch gegen den Trend – positiv erscheinen.

2011 sollen die Nachforschungen, welche Strukturen und Maßnahmen solche Effekte begründen können, regional verortet werden. Dafür erscheint die Region Braunschweig geeignet. Zum einen weist sie nach der Statistik Entwicklungen gegen den Trend zugunsten

von Kindern und Jugendlichen aus, zum anderen entwickelt die Gesellschaft für Organisation und Entscheidung (GOE) für das Diakonische Werk Braunschweig eine handlungsorientierte Sozialberichterstattung, an die angeknüpft werden könnte. Die Fertigstellung dieser qualitativen Studie, die sich auf eine Befragung von betroffenen Haushalten und Akteuren stützt, ist für April 2011 vorgesehen.

Als neues Modul im Rahmen der Förderung von Familienerholungsmaßnahmen und Familienfreizeiten kommen Angebote für junge Familien zur Stärkung der Erziehungskompetenz hinzu, die mit einem Aufenthalt in einer Familienfreizeit einschließlich pädagogischem Angebot und sozialpädagogischer Vor- und Nachbereitung und –begleitung verbunden sind und eines Gesamtkonzeptes bedürfen. Die ersten Anträge wurden Anfang des Jahres gestellt. Für 2011 wird nicht erwartet, dass die zur Verfügung stehenden Mittel komplett abgerufen werden. Die Rückflüsse sollen anteilig für Familienfreizeiten und Familienerholungen zur Verfügung gestellt werden. Die AGF wird die Erfahrungen mit dem neuen Modul sammeln und auswerten.

Das Landesprogramm „Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“ ist zum Ende 2010 ausgelaufen. Im Rahmen des Landesprogramms „Familien mit Zukunft“ wurden an 25 Standorten in Niedersachsen Familienbüros bzw. Servicezentren eingerichtet. Antragsberechtigt waren entsprechend des Ausschreibungstextes die Jugendämter. Die 30 bestehenden wellcome-Standorte in Niedersachsen profitierten von den finanziellen Zuwendungen aus dem Programm. Einige dieser Standorte sind in finanziellen Schwierigkeiten und befassen sich mit der Frage des Überlebens. Es wird ein Nachfolgeprogramm geben.

Ein Teil des Landesprogramms „Familie mit Zukunft“ ist das Programm „Elternarbeit – frühe Hilfen – Integration Migrationsfamilien (EFi)“. Im Rahmen des Programms EFi werden im Jahr 2011 vom Sozialministerium für ein Jahr befristet Mittel für neue Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Ziel ist erstens die Integration von Migrationsfamilien sowie die Unterstützung der regionalen Vernetzung (evtl. durch Einrichtung von Personalstellen in den Jugendämtern) und zweitens die Durchführung von Projekten.

Am 24. Januar 2011 wurden in einer Auftaktveranstaltung mit „best-practice-Beispielen“ vorgestellt, beispielsweise die Aufgabenbereiche von Integrations- bzw. Erziehungslotsen.

Die für das Frühjahr 2010 geplante „Zukunftskonferenz Familie“, die das Ministerium gemeinsam mit der AGF vorbereitet hat, fand im Frühjahr 2011 statt und wendete sich an politisch Verantwortliche und Praktiker/innen aus Verbänden und Organisationen. Ausgehend von zwei Referaten zur Situation von Eltern und den Rollenerwartungen an Mütter und Väter wurden in neun Workshops familienrelevante Fragestellungen diskutiert. Daneben sollen auch Planungs- und Entwicklungsverfahren für eine familienfreundliche Infrastruktur vorgestellt.

In einem Fachgespräch mit dem Arbeitskreis Soziales der Regierungsfractionen im Niedersächsischen Landtag über ALG-II-Regelsätze und Bildungspaket legte die AGF am 15. Februar 2011 ihre Position u. a. über die Umsetzung des Bildungspaketes und die möglichen Auswirkungen auf andere Unterstützungsmöglichkeiten dar, wie zum Beispiel „Dabei-Sein“ in Niedersachsen. Aus Mitteln des Sonderfonds „DabeiSein“ der Landesstiftung „Familie in Not“ werden Aktivitäten mit einem Zuschuss bis zu 100 € unterstützt, die sich bestimmte Familien nicht leisten können (Mitgliedsbeitrag zum Sportverein, Jugendfreizeiten, etc.).

Aus der Arbeit der eaf in Niedersachsen

Im September 2010 wurde Barbara Witthohn verabschiedet. Von 1997 bis 2010 war sie als Geschäftsführerin der eaf-Niedersachsen tätig. Die Geschäftsführung übernahm Eva-Maria Zabbée.

In seiner Klausur im März 2010 beschäftigte sich der eaf-Vorstand unter anderem mit Fragen einer Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit. Der Flyer wurde aktualisiert und das Bundeslogo der eaf wegen des bundesweiten Wiedererkennungswertes übernommen.

Die eaf-Niedersachsen arbeitet intensiv innerhalb der AGF an den familienpolitischen Themen des Landes Niedersachsens mit.

Die Mitgliederversammlung 2011 wird unmittelbar vor der Jahrestagung der eaf-Bund stattfinden, so dass die Mitglieder anschließend an der Tagung „Heranwachsende“ teilnehmen können. 2012 soll das Thema Inklusion intensiv und umfassend aufgegriffen werden. Die Planungen und die ersten Vorbereitungen laufen.

Die eaf ist weiterhin im Beirat und für die AGF im Kuratorium der Landesstiftung „Familie in Not“ vertreten. Dort werden auch die Mittel der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ vergeben.

Eva-Maria Zabbée
Geschäftsführerin

eaf Pfalz

Der von der eaf initiierte Arbeitskreis **„Vernetzung in Familienfragen“**, in dem instituti-
onsübergreifend alle im Handlungsfeld Familie tätigen evangelischen Einrichtungen (inklusive
Diakonie) vertreten sind, hat die dritte Veranstaltung zur Armutsthematik durchge-
führt: Unter dem Titel „Arme Jugendliche; Arme Kinder: Armes Deutschland“ trafen sich
am 6. November 2010 in Bad Dürkheim Jugendliche, ehrenamtliche Mitarbeitende aus der
Evangelischen Jugend, Hauptamtliche aus der Verfassten Kirche und der Diakonie, sowie
Politikerinnen und Politiker. Malu Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familien, Frauen
und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, führte einen offenen Dialog mit den 120 An-
wesenden über die Gründe der seit Jahrzehnten ansteigenden Jugendarmut und über die
Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. Die Ministerin stellt fest, dass in Deutschland kein Er-
kenntnisdefizit in Bezug auf Armut bestehe, sondern ein Handlungsdefizit. Maßnahmen zur
Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut müssten sowohl bei den Kindern und Jugendli-
chen als auch bei den Eltern ansetzen. Rheinland-Pfalz habe diesbezüglich viel getan und
werde seine Anstrengungen fortsetzen. Sie nannte die verbesserte Bildungsinfrastruktur
(Ausbau der Kindertagesstätten für Kinder ab einem Jahr, Freistellung vom Kita-Beitrag
für alle Eltern), die Weiterentwicklung der Lernmittelfreiheit, den Härtefonds für ein kos-
tenloses Mittagessen in Kitas und Schulen usw. Außerdem sei Rheinland-Pfalz das einzige
Bundesland, welches noch originäre Arbeitsförderungsmittel bereitstelle, um Eltern in Ar-
beit zu bringen.

Am Schluss der Veranstaltung unterschrieben die Jugendlichen und ehrenamtlichen Mitar-
beitenden aus dem Bereich der Evangelischen Jugend sowie Ministerin Malu Dreyer und
Oberkirchenrat Manfred Sutter jeweils einen Kontrakt. Die Ministerin verpflichtete sich dar-
in, dafür Sorge zu tragen, dass beim nächsten Armuts- und Reichtumsbericht des Landes
Rheinland-Pfalz der besonderen Situation von Jugendlichen in Armut mit einem eigenen
Kapitel Rechnung getragen wird. Oberkirchenrat Manfred Sutter verpflichtete sich, die
Vergabekriterien des Kinderhilfsfonds zu überarbeiten und ausdrücklich die Förderung von

Jugendbildungsveranstaltungen mit aufzunehmen. Im Gegenzug dazu verpflichtete sich die Jugend, sich dafür einzusetzen, dass innerhalb der Strukturen der Evangelischen Jugend der Pfalz flächendeckend Sozialtöpfe eingeführt werden, um den von Armut betroffenen Jugendlichen und Kindern Teilhabe an Maßnahmen der außerschulischen Jugendarbeit des Jugendverbandes zu ermöglichen. In der nächsten Jugendsammelwoche versprachen sie, ausdrücklich für diesen Zweck Spenden zu sammeln.

In diesem Veranstaltungsformat gelang es gut, das Ziel des Aktionstages umzusetzen, für das Thema Jugendarmut, welches bisher in der deutschen Armutsdebatte kaum Beachtung gefunden hat, zu sensibilisieren.

Derzeit wird der nächste Aktionstag vorbereitet, der sich mit der Zukunft von Menschen, die keine Arbeit haben können, befassen wird.

Die größte interne Herausforderung zum Jahreswechsel war die Erstellung der ersten Internetseite: www.eaf-rlp.de ist online. Da die eaf seit Januar 2011 für zwei Jahre die Federführung der AGF Rheinland-Pfalz innehat, erleichtert das auch einige Arbeitsformen und Informationsflüsse.

Die Entwicklungen zur beitragsfreien Kita, der Lernmittelfreiheit, den frühen Hilfen und der Umsetzung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit sind im Detail unter www.vivafamilia.de zu finden sowie unter <http://www.lokale-buendnisse-rlp.de/familienservice.html> Informationen und Themen zu den 40 lokalen Bündnisse in Rheinland-Pfalz.

Im Zuge der Neubildung der Landesregierung im Mai 2011 gab es ein neues Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen. Ministerin ist Irene Alt von den Grünen. Da die neue zuständige Staatssekretärin Margit Gottstein bisher Referatsleiterin im Arbeitsstab der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung war, erwartet man gespannt, inwieweit das Thema Integration ein neuer Schwerpunkt des Ministeriums sein wird.

Neu ist auch, dass die Kitas aus dem bisherigen Bildungsministerium herausgenommen wurden und jetzt zum neuen Familienministerium gehören. Da aber die Schulpolitik im Bildungsministerium bleibt, ist die neue Kooperation in Sachen altersübergreifender Bildung und die Gestaltung der Schnittstelle Kita-Grundschule eine spannende Herausforderung.

Bettina Wilhelm

eaf in NRW (Rheinland und Westfalen-Lippe)

Familienpolitik in NRW

Trotz Landtagswahl in 2010, langen Koalitionsverhandlungen und Wechsel der Regierungskoalition von schwarz-gelb hin zu einer rot-grünen Minderheitsregierung, trotz veränderter Zuschnitte der für familienpolitische Themenfelder zuständigen Ministerien und personeller Veränderungen in den Ministerien sind die familienpolitischen Themen, Herausforderungen und Gestaltungsaufgaben geblieben.

Kinderbildungsgesetz (KiBiz) und Ausbau der U3 Betreuung

Auch drei Jahre nach Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes steht es weiterhin im Vordergrund der Auseinandersetzungen zwischen Landespolitik und Verbänden. Das breite Kritikbündnis von Familienverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und freier Wohlfahrt hat dazu geführt, dass die neue Landesregierung das Gesetz einer Revision unterziehen will. Der Ausbau der U3-Betreuung soll weiter vorangetrieben werden. Der elternbeitragsfreie Kindergarten soll schrittweise eingeführt werden. In diesem Jahr wird zunächst flächendeckend das letzte Jahr vor der Einschulung beitragsfrei gestellt.

Kinderarmut

Der interministerielle Runde Tisch „Hilfe für Kinder in Not“, erweitert um einen großen Kreis von Verantwortlichen und Experten aus Verbänden und Institutionen, zu dem auch die eaf rheinland als Vertreterin der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in NRW (LAGF) gehört, hat auch 2010 getagt. Auftrag und Ziel des Runden Tisches ist es, fachübergreifende Strategie- und Handlungsmöglichkeiten für NRW zur Bekämpfung von Kinderarmut und deren Folgen zu entwickeln. Die neue Landesregierung hat signalisiert, die Arbeit des Runden Tisches weiter fortführen zu wollen. Als vorrangiges Ziel gibt sie an, die Bildungschancen von Kindern aus prekären Lebensverhältnissen verbessern zu wollen.

Familienzentren

Derzeit gibt es rund 2.000 Familienzentren in NRW, die Kinderbetreuung, Familienberatung und Familienbildung aus einer Hand alltagsnah anbieten. Der Ausbau von Familienzentren soll besonders in benachteiligten Stadtteilen durch zusätzliche Förderung weiter vorangebracht werden. Zudem wird der Landeszuschuss von 12.000 Euro pro Familienzentrum durch zusätzliche Fördermittel für Familienbildung und Familienberatung (voraussichtlich 4,5 Mill. pro Jahr) ergänzt.

Familiengerechtigkeit

Die Projektphase des Audits „familiengerechte Kommune“ wurde in diesem Jahr abgeschlossen. Hierbei handelt es sich um ein Instrument, mit dem Kommunen ihre familien-gerechten Angebote systematisieren und nachhaltig weiterentwickeln sollen. Im Projekt-Beirat war die eaf rheinland für die LAGF vertreten. Die ersten acht Pilotkommunen sind mit dem Zertifikat zum Audit familiengerechte Kommune ausgezeichnet (darunter Düsseldorf und Aachen).

Die von der alten Landesregierung gestartete **Initiative „Familie kommt an in NRW“** wird ebenfalls von der neuen Landesregierung fortgeführt. Die Landesinitiative soll Kommunen dabei unterstützen, gute Bedingungen für Familien vor Ort zu schaffen. Getragen wird die Initiative durch das „Aktionsbündnis familiengerechte Kommunen“ dem, neben 14 anderen Dachorganisationen, auch die LAGF angehört.

Väterarbeit

Männer für eine aktive Vaterschaft zu gewinnen und sie darin zu unterstützen, ist auch im neuen Familienministerium ein wichtiges Anliegen. Die Werkstattgespräche zum Thema Väterarbeit, an denen die eaf in 2010 und 2011 regelmäßig teilnahm, werden weiter fortgeführt. Beteiligt war die eaf auch an einer vom Ministerium initiierten Arbeitsgruppe zur Formulierung eines Memorandums zur Väterpolitik in NRW.

Arbeitsschwerpunkte der eaf rheinland in den Jahren 2010/2011

Schwerpunktthema der eaf Arbeit war erneut das Thema **Kinder- und Familienarmut**. Die eaf rheinland ist berufenes Mitglied der landeskirchlichen Arbeitsgruppe „Kinderarmut“ und hat sich im Berichtszeitraum intensiv in die Arbeit der AG eingebracht und das Internetportal „Chancenreich – gemeinsam aktiv gegen Kinderarmut“ bei der Diakonie RWL beratend begleitet.

Die eaf rheinland wurde von der Landeskirche gebeten, in Kooperation mit der Ev. Akademie im Rheinland, eine Fachtagung zum Thema **Kindergrundsicherung** zu veranstalten, um den innerkirchlichen Meinungsbildungsprozess voranzubringen. Die Fachtagung fand am 11./12. April 2011 statt.

Die eaf rheinland ist stark eingebunden in die Arbeit der **LAGF**. Inhaltlich war die LAGF in 2010 mit der Vor- und Nachbereitung der didacta in Köln befasst, an der sich auch die eaf rheinland mit einem Stand und Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Erziehungspartnerschaften“ beteiligt hat, mit dem „Aktionsbündnis familiengerechte Kommune“ und dem Projektbeirat zum Audit „Familiengerechte Kommune“.

Die LAGF platzierte das Thema „Familie und Bildung“ als Jahresthema des Aktionsbündnisses 2010 und führte am 4. Juli 2011 eine Fachtagung zum Thema „Familie bildet Kinder“ durch. Die Federführung der LAGF ging im Juli 2011 auf die eaf rheinland über.

Unter der neuen Regierung sind die **Ministerien** neu zugeschnitten und personelle Zuständigkeiten verändert worden. Eine neue Kultur des Austausches entwickelt sich unter den veränderten Bedingungen erst langsam.

Zum Thema **Familienzentren** ist die eaf rheinland 2010/2011 weiter in die Vernetzungsarbeit mit der von der Diakonie Rheinland eingerichteten Steuerungsgruppe eingebunden, welche die innerevangelischen Aktivitäten zum Thema Familienzentren koordiniert.

Angeregt durch die Beschäftigung mit der von der eaf Bund herausgegebenen Broschüre zum Thema „**Häusliche Pflege von Familienangehörigen**“ und der Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen pflegender Angehöriger und nötigen politischen Forderungen bei der diesjährigen Mitgliederversammlung im Mai, ist die eaf rheinland in Vorbereitung einer Fachtagung. Die Fachtagung wird am 29. September 2011 in Kooperation mit dem Frauenreferat des Kirchenkreises Düsseldorf durchgeführt werden.

Öffentlichkeitsarbeit

In 2010 wurde ein neues eaf Design für Homepage, Flyer und Newsletter in Anlehnung an das gelb/orange-farbige Erscheinungsbild der eaf Bund, erarbeitet und umgesetzt.

Aus der Mitgliedschaft

In 2010 hat die eaf rheinland zwei Mitgliederversammlungen durchgeführt. Am 31. Mai zum Schwerpunktthema „Pflegerische Angehörige“. Am 22. November zum Schwerpunktthema „Einschätzungen zur aktuellen familienpolitischen Lage und Herausforderungen für die Organisationsentwicklung der eaf“.

Erklärtes Ziel der eaf rheinland ist es auch weiterhin, Kirchenkreise als Mitglieder zu gewinnen. 2010 konnten drei Kirchenkreise als neue Mitglieder aufgenommen werden.

Personalsituation

Seit dem 1. Juni 2010 ist Eva Bernhardt unbefristet als Geschäftsführerin der eaf rheinland angestellt.

eaf Westfalen-Lippe

Arbeitsschwerpunkte

Klärung und Verbesserung der Strukturen

Die interne Vergewisserung mit Mitgliedern und Vorstand über die Zuständigkeiten und die Strukturen der Zusammenarbeit bildete auch in 2010 noch einmal den Arbeitsschwerpunkt. Auf der Mitgliederversammlung im November 2011 fand diese Selbstklärung dann ihren Abschluss, indem die zukünftige Zusammenarbeit verabredet wurde.

Vorbereitung einer Hauptvorlage zum Thema Familie

Für das Jahr 2012 bereitet die eaf mit einigen Kooperationspartnern in der westfälischen Landeskirche eine Hauptvorlage zum Thema Familie vor. Die nötigen Strukturen sind geschaffen und die Arbeitsgruppen begannen im März 2011 mit der Arbeit.

Zur Vorbereitung der Hauptvorlage wird an Texten gearbeitet und werden Veranstaltungen in Gemeinden und Kirchenkreisen geplant, um das Thema breit zu diskutieren.

„Väter“ als Thema wird besonders vom Ministerium unterstützt s.o. Für die eaf haben sich in Folge der Broschüre „Väter in Kitas“ viele Folgeveranstaltungen ergeben.

Familienpolitik in NRW: siehe eaf Rheinland, S. 41 ff.

Eva Bernhardt
Geschäftsführerin
eaf Landesverband rheinland e. V.

Dr. Remi Stork
Geschäftsführer
eaf Landesarbeitskreis Westfalen-Lippe

eaf Saar

Aktivitäten der eaf Saar im Berichtszeitraum August 2010 bis Juni 2011

- Die eaf Saar traf sich zu sechs Vorstandssitzungen und zwei Mitgliederversammlungen: Mitgliederversammlung mit Schwerpunktthema: „Bildungspolitische Initiative des Saarlandes: Letztes Kindergartenjahr wird Schulvorbereitungsjahr“ (6. Mai 2010) und Mitgliederversammlung mit Schwerpunktthema „Saarländische Servicestelle für Unternehmen: Einführung familienfreundlicher Maßnahmen“ (4. November 2010).
- Ständige Mitarbeit im saarländischen Medienrat und im Ausschuss Medienkompetenz, sowie im TOTO-Beirat des Familien- und Sozialministeriums
- Teilnahme an der Jahrestagung der eaf-Bund am 22./23. September 2010 in Schwäbisch-Gmünd und im November am Arbeitstreffen der eaf-Vorstände und Geschäftsführer in Berlin
- Teilnahme der Vorsitzenden an der EKD-Tagung der Ev. Medienvertretungen in Köln
- Öffentlichkeitsarbeit:
 - Pressemitteilung zum geplanten Vorhaben der Landesregierung, die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres aufzuheben, 5. Oktober 2010
 - Aktionsstand auf der Messe „Welt der Familie“, 12. September 2010
 - einstündige Talksendung im Saarländischen Rundfunk, 13. September 2010 (sechs Interviewrunden): Saarländische Familienverbände - Familien im Saarland - Familie und Beruf
- Mitarbeit in der LAG der Familienverbände Saar (LAG FamS): (sechs Sitzungen)
- Gespräch mit der Familienministerin zur aktuellen Familienpolitik und den geplanten Einsparungsmaßnahmen im Familien- und Sozialressort, 9. Dezember 2010

- Mitarbeit in der „Allianz für den freien Sonntag“ (gewerkschaftliche und kirchliche Initiative im Saarland)

Familienpolitik im Saarland September 2010 bis Juni 2011

Im September 2010 kündigte die Regierung an, die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres ab 2011 aufzuheben. Damit verabschiedet sich die Landesregierung von einem ihrer Vorzeigeprojekte aus dem Jahr 1999. Die Haushaltsnotlage mache dies nötig, so der Ministerpräsident. Die Familienverbände und der Landeselternausschuss kritisierten diese Pläne scharf als Rückschritt.

In den folgenden Haushaltsberatungen bahnten sich weitere Kürzungen im Sozialbereich an, insbes. bei der Eingliederungshilfe für Behinderte und in der Kinderfrühförderung.

Eines der kontrovers und heftig diskutierten bildungs- und familienpolitischen Themen im Saarland war und ist geplante Schulreform der Regierung, für die eine Verfassungsänderung notwendig ist und die als Weiterentwicklung des saarländischen Bildungssystems bezeichnet wird. Seit Monaten wurden Gespräche über einen Kompromiss zwischen der Regierungskoalition und den Oppositionsparteien SPD und Linke geführt.

Erweiterte Realschulen und Gesamtschulen sollen zu einer Gemeinschaftsschule als neue Schulform zusammengefasst werden. Dieses 2-Säulen-Modell soll kleinere Schulstandorte angesichts der abnehmenden Schülerzahl sichern und mit einer neunjährigen Schulzeit bis zum Abitur die Alternative zur verkürzten Lernzeit im achtjährigen Gymnasium werden.

Beim Bildungsgipfel am 23. Februar 2011 zeichnete sich eine Einigung ab: Mit Zustimmung der Linken wird es der Regierungskoalition möglich, die notwendige Mehrheit für eine Verfassungsänderung zu erhalten und die neue Schulform neben dem Gymnasium in der Verfassung zu verankern. Die SPD lehnte die geplante Reform ab, verlangt kleinere Klassen und ein Konzept für mehr individuelle Förderung und mehr Schulsozialarbeit. Auch Eltern- und Lehrerverbände kritisierten die Reform und äußerten Zweifel am pädagogischen Konzept der neuen Schulform und beobachteten mit Sorge die Entwicklung der Klassengrößen.

Im Januar 2011 hat die Ankündigung der Landesregierung, ab dem kommenden Schuljahr die vor einem Jahr eingeführte Beitragsfreiheit für die freiwillige Ganztagschule zurückzunehmen, zu breitem Unverständnis und Kritik bei Familien, Verbänden, Landesschulkonferenz, Trägern und Oppositionsparteien geführt. Aktuell sind Elternverbände und Träger von Nachmittagsbetreuungen zu Stellungnahmen zum neuen Förderprogramm aufgefordert.

Ein über 15.00 Uhr hinaus verlängertes Ganztagsangebot soll mit einem Elternbeitrag von monatlich 40 bis 60 € versehen werden. Bildungsminister Kessler begründete das Vorhaben mit der angespannten Haushaltslage des Landes. In 800 Gruppen werden 14.500 Plätze vorgehalten. Befürchtet wird, dass Eltern, die im Niedriglohnssektor arbeiten oder alleinerziehend sind, die Beiträge nicht mehr leisten können, obwohl es für die betroffenen Kinder notwendig wäre und ihr Förderbedarf höher ist.

Im Juni 2011 sahen die Anmeldezahlen der freiwilligen Ganztagschule positiv aus: 531 gebührenpflichtige Gruppen bis 17.00 Uhr können weitergeführt werden. Die Betreuungsplätze wurden auf 20.000 ausgeweitet und an 300 (98 %) Schulstandorten angeboten.

Anna Schwarz-Hartz
Geschäftsführerin

eaf Sachsen e. V.

Familienpolitik in Sachsen

Das Jahr 2010 war in Sachsen weitgehend geprägt von Diskussionen über den sächsischen Doppelhaushalt 2011/2012. Verabschiedet im Dezember 2010 wurden ab 1. Januar 2012 massive Veränderungen in der Spitzenverbandsförderung und in der Landesverbandsförderung in Kraft treten.

Familien in Sachsen sind direkt und indirekt von den Kürzungen betroffen. Das Sächsische **Landeserziehungsgeld** (LEG) wird um ein Viertel gekürzt für Kinder, die ab 2011 geboren sind. (1. Kind 150 und für das 2. Kind 200 Euro). Die eaf-Sachsen lehnt dies vor dem Hintergrund der aktuellen Situation von Familien in Sachsen ab. Die Reduzierung der Geldleistung scheint marginal, jedoch müssen solche Änderungen im Rahmen des Doppelhaushaltes im Kontext der Gesamteinsparungen im Freistaat Sachsen gesehen werden. So soll offenkundig zukünftig fast ausschließlich auf individuelle materielle Anreize und Ausgleiche gesetzt werden. Dabei wird jedoch die Angebotssituation sozialer **Infrastruktur** zur Partizipation, Prävention und Hilfe zur Selbsthilfe vernachlässigt. Diese sind gerade für Familien enorm wichtig (Bericht der Evangelischen Beratungsstellen im Freistaat Sachsen 2010).

Die Änderungen des Sächsischen LEG treffen in der Mehrheit die sozial Schwächsten im Freistaat Sachsen: ALG-II-Empfänger/innen, Auszubildende und Studierende mit Kindern. Diese nehmen jedoch nach der jüngsten Evaluierungsstudie des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz (April 2010) diese Leistungen mehrheitlich in Anspruch. Diese sozialen Gruppen sind auch primär von den Kürzungen beim Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz betroffen.

Das kostenfreie **Kita-Vorschuljahr** wird in Sachsen nicht verlängert (damit soll die aufgehobene Teilzeitregelung für Lehrer/innen finanziert werden), die **Familienerholung** im Freistaat ist faktisch eingestellt. Hier sind ca. 2.300 Familien betroffen, die über Diakonie und die Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände Zuschüsse beantragen konnten. Die Zuschüsse an die Kommunen für den **ÖPNV** werden drastisch runtergefahren, so dass Mobilität gerade im ländlichen Raum noch schwerer wird.

Die im Koalitionsvertrag benannte ‚Familienfreundlichste Bundesland‘ scheint da familienfreundlich, wo es kostenneutral ist.

Die Mittel für die Familienverbandsarbeit sollen in den nächsten Jahren kontinuierlich abgesenkt werden.

Aus der Arbeit der eaf-Sachsen

Es findet zurzeit eine intensive Strukturdebatte innerhalb der eaf-Sachsen statt. Die Mitglieder haben sich auf folgende Kernthesen geeinigt:

- eaf Sachsen erkundet bei den Mitgliedsverbänden (ev. Akteure der Familienarbeit) aktuelle Tendenzen, Probleme, Bedarfe.
- eaf Sachsen transportiert das Erfahrene in Beratungs- und Entscheidungsgremien der sächsischen Familienpolitik - und übermittelt Ergebnisse an Mitgliedsverbände zurück (Sprachrohrfunktion).
- eaf Sachsen schafft Räume und Runden zur Diskussion familienpolitischer Themen (Plattformfunktion).
- eaf Sachsen initiiert und beteiligt sich an exemplarischen Projekten der Familienarbeit/Familienpolitik (Brennpunkte zukunftsorientierter Modelle) – gemeinsam mit Projektpartnern aus Mitgliedsverbänden (Aktionsgemeinschaftsfunktion/Netzwerkfunktion).

Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Auf Vorschlag der eaf-Sachsen, die in 2010 die Federführung in der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände innehatte, wurden die Parlamentarischen Gespräche weitergeführt.

Am 27. September 2010 führte die LAGF die Fachtagung „20 Jahre Deutsche Einheit - Zukunft Familie – Familie im Wandel“ durch. Staatsministerin Clauß hielt das Eingangsreferat zur Entwicklung der Familienpolitik in Sachsen. Zum Abschluss fand eine Podiumsdiskussion mit Vertreter/innen der demokratischen Landtagsfraktionen statt.

Projekte 2010/2011

Neben der Intensivierung der Öffentlichkeits- und Medienarbeit durch Hintergrundgespräche und verstärkte Präsenz bei Veranstaltungen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen wollte die eaf-Sachsen auch bei den Landesparteitagen der demokratischen Parteien anwesend sein und sich vorstellen. Die Parteien reagierten darauf unterschiedlich.

Die eaf hat zum **Kirchentag 2011** in Dresden in der Projektgruppe Zentrum Frauen mitgearbeitet und war für zwei Podien verantwortlich:

- „Familie leben - Von Luther bis Patchwork“ mit Christel Riemann-Hanewinkel, Präsidentin eaf-Bund; Steffen Kröhnert, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Susanne Hampe, Queerkids Leipzig (Dipl.-Sozialarbeiterin); Brunhild Fischer, Geschäftsführerin SHIA Sachsen (Selbsthilfeinitiative Alleinerziehender); Holger Strenz, Männernetz Dresden.
- „Das volle Leben! Frauen und Arbeitswelten in Ostdeutschland“ mit Heike Zettwitz, Referentin Sächsische Staatskanzlei, Iris Kloppich, DGB-Vorsitzende Sachsen, Ulrike Lerchl, Geschäftsführerin Oberüber|Karger Kommunikationsagentur

Was brauchen Familien in Sachsen?

Die eaf sieht eine zentrale Aufgabe für die Zukunft in der öffentlichen Diskussion, um die Bedürfnisse von Familien in Sachsen. Welche Rahmenbedingungen brauchen Familien in den unterschiedlichen Lebenslagen hierzulande, um gut zu leben. In einem spannenden Prozess innerhalb des Verbandes wurde als Schlusspunkt in einem Forum am 6. Oktober 2010 mit Landesbischof Jochen Bohl eine thematische Schwerpunktsetzung herausgefiltert; im Herbst folgten drei Gesprächsrunden zum Thema Pflege, Familienbilder und Armut.

Familien stärken - Demokratie stärken

Das gemeinsame Projekt mit dem Landesjugendpfarramt und dem Landesverband Sächsischer Kindertagesstätten bietet gemeindenahere Schulungen und Gesprächsabende zum Verhalten gegenüber undemokratischen Tendenzen in Gemeinden an. Ein zweiter Schwerpunkt liegt im Bereich Frauen und Rechtsextremismus.

Projekte zur Information von Familie und Politik

Ziel ist es, die familienpolitischen Entwicklungen und die sozialen Lagen von Familien in Politik und Gesellschaft zu thematisieren durch

- Informationsübermittlung zu familienpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen,
- parlamentarische Gespräche zum Thema "Perspektiven für Familien"
- Veranstaltungen mit den politischen Stiftungen in Sachsen.

Woche für das Leben 2011

Unter dem Motto „Engagiert für das Leben: Einsatz mit Gewinn“ fand am 7. Mai 2011 im Deutschen Hygiene Museum Dresden die Auftaktveranstaltung zur Woche für das Leben in Sachsen statt unter dem Titel „... und was habe ich davon? Ehrenamt als Gewinn“.

Vorstand/Geschäftsstelle

Es gibt innerhalb der Landeskirche eine intensive Diskussion über die Zukunft der Frauenarbeit, Männerarbeit und Evangelischen Erwachsenenbildung statt. Die eaf-Sachsen ist in den Prozess eingebunden.

Eva Brackelmann
Geschäftsführerin

eaf Sachsen-Anhalt e. V.

Zur Situation und Arbeit des Landesarbeitskreises:

Der Vorstand der eaf Sachsen-Anhalt trifft sich vier- bis fünfmal im Jahr. Die Arbeitsschwerpunkte des Geschäftsführers liegen im Wesentlichen in der Umsetzung der im Zuwendungsvertrag mit dem Land Sachsen-Anhalt festgeschriebenen Aufgaben. Dazu gehören u. a.:

- Initiierung und Durchführung von Familienbildungsmaßnahmen und Projekten (330 Stunden familienbezogene Bildungsarbeit)
- Familienpolitik und Gremienarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit.

2010 wurden zahlreiche familienbezogenen Maßnahmen durchgeführt. Thematische Schwerpunkte dabei waren:

- Initiierung von familienbezogenen Angeboten in Kirchenkreisen und Gemeinden durch Beantragen und Abrechnen von Landesmitteln für familienbezogene Projekte
- Kooperation mit Diakonie, EEB, Familienbund bei der „Woche für das Leben“
- Förderung von niedrigschwelligen Angeboten im Bereich Elternbildung
- Beantragen und Abrechnen von Projekten mit der Diakonie und der Stadt Magdeburg
- 2010 wurden außerdem insgesamt vier Maßnahmen mit armen Familien im Bereich „Familienbegegnung mit Bildung“ durchgeführt.
- „Rendsburger Elterntraining“ in Magdeburg (seit 2009)
- Am 9. Juni 2011 wurden die ersten Kursleiterinnen für den evangelischen Elternkurs „Auf eigenen Beinen stehen“ geschult. Dieser Kurs wurde von der AEEB entwickelt und wird von den eaf´s in Thüringen und Sachsen-Anhalt in Kooperation mit dem DW in Sachsen-Anhalt und Thüringen eingeführt.

Die kirchenpolitische Situation

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM), 2007 aus der Fusion der Kirchenprovinz Sachsen mit der Ev.-luth. Kirche in Thüringen hervorgegangen, hat rund 900.000 Mitglieder in über 3.000 Kirchengemeinden und 38 Kirchenkreisen. Die Zuständigkeit für die eaf liegt im Dezernat „Bildung“.

Beirat für familienbezogene Arbeit in der EKM

Der Beirat für familienbezogene Arbeit in der EKM (2008 einberufen, Vorsitz durch den Geschäftsführer der eaf Sachsen-Anhalt e.V.) hat im Wesentlichen die Aufgabe, die ev. Institutionen und Einrichtungen, die im Bereich der Arbeit mit Familien tätig sind, zu vernetzen, die kirchenleitenden Gremien in familienrelevanten Fragen zu beraten und Initiativen zur stärkeren Wahrnehmung des Themas Familie zu befördern.

Im Rahmen des Projektes „Wege aus der Armut“ führte die eaf 2010 eine EKM-weite Umfrage zu armutsbezogenen Projekten und Initiativen in Kirche und Diakonie durch. Die Resonanz war gut und aufschlussreich. Auf der Web-Präsenz www.wege-aus-der-armut.de sind die Ergebnisse einzusehen. Am 16. November fand dazu ein Fachtag in Halle (Saale) statt. Es gibt ein Nachfolgeprojekt, das sich mit dem erkennbar gewordenen Bedarf an Fortbildung für die Leitungen von Projekten und Initiativen beschäftigt.

Die Bildungskammer der Synode der EKM hat an einem Papier zum Thema „Familie und Kirche“ gearbeitet. Der Beirat wurde einbezogen.

Zur (familien-)politischen Situation in Sachsen-Anhalt

Kinderschutz

Ziele des Kinderschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sind die Förderung der Kindergesundheit, unter anderem durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Untersuchungsangebote zur Früherkennung von Krankheiten (Früherkennungsuntersuchungen) bei Kindern und die Früherkennung von Risiken für das Kindeswohl sowie die konsequente Sicherstellung der erforderlichen Hilfen.

Diese Ziele sollen durch eine effektive Vernetzung von Hilfen des Gesundheitswesens und der Kinder- und Jugendhilfe sowie anderen dem Kinderschutz und der Familienhilfe dienenden Einrichtungen, Institutionen und Behörden umgesetzt und insbesondere durch die auf Jugendamtsebene einzurichtenden lokalen Netzwerke Kinderschutz abgesichert werden. Das Land koordiniert und unterstützt die Arbeit der Lokalen Netzwerke mit dem Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“, hier sind auch die Projekte „Familienhebammen“ und „Familienpaten“ angesiedelt. Zugleich gibt das Land den Kreisen und kreisfreien Städten Geld, damit die Kooperation vor Ort koordiniert werden kann. In diesem Jahr sind dies je Kreis und kreisfreier Stadt 20.000 Euro, für die kommenden Jahre jeweils 10.000 Euro.

Neustrukturierung der Beratungslandschaft

Der Landtag von Sachsen-Anhalt beauftragte die Landesregierung, bis zum dritten Quartal 2010 für die unterschiedlichen Beratungsangebote unter Einbeziehung der Träger, der LIGA der freien Wohlfahrtspflege und der kommunalen Spitzenverbände, Grundlagen für die jeweilige strukturelle und inhaltliche Entwicklung zu erarbeiten und in den Ausschüssen für Soziales, für Finanzen sowie für Landesentwicklung und Verkehr zu berichten.

Dabei sollten die sich verändernden Beratungsbedarfe der Bevölkerung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, die Art und Anzahl der in einer Region vorzuhaltenden Beratungsstellen sowie mögliche Synergien zwischen den Trägern und /oder den Beratungsstellen dargestellt werden. Zwischen Land, Kommunen und Trägern sind die Finanzierungsmodalitäten ab dem Jahr 2012 für die unterschiedlichen Beratungsangebote abzustimmen. Dazu wurde eine Beratungsprojektgruppe eingerichtet, in der LIGA, kommunale Spitzenverbände, Ministerium und Landtagsabgeordnete vertreten sind. Kinder- und Jugendring, Familienverbände, Landesstelle Jugendschutz, Landesfrauenrat, etc. beraten die Neustrukturierung direkt mit dem Referat „Familie“.

Landesbündnis für Familien

Die eaf Sachsen-Anhalt arbeitet mit im Landesbündnis für Familien, das vom Ministerium für Gesundheit und Soziales initiiert wurde. Die Zusammenarbeit von Gruppierungen aus dem familienpolitischen und sozialen Bereich mit Vertretern der Wirtschaft soll hier gefördert werden.

Vertreten sind wir in den Arbeitsgruppen „demografischer Wandel“ und „Förderung der Erziehungskompetenz“, in letzterer AG hat der Geschäftsführer den Vorsitz. Inhaltlich wird zurzeit das Thema „gelingende Erziehungspartnerschaft“ bearbeitet.

Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Die LAGF besteht aus sieben Verbänden: Deutscher Familienbund LV Sachsen-Anhalt e. V., Verband Alleinerziehender Mütter und Väter LV Sachsen-Anhalt e. V., Deutscher Kinderschutzbund LV Sachsen-Anhalt e. V., Familienbund im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e. V., CVJM Sachsen-Anhalt e. V., Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern in Sachsen-Anhalt e. V. und die eaf Sachsen-Anhalt e. V.

Seit Januar 2011 liegt die Geschäftsführung bei der eaf.

Ein Vertreter des Sozialministeriums (Referatsleiter Familien) ist bei jeder Sitzung dabei.

Im Dezember 2010 fand ein Gespräch mit dem Sozialminister statt. Themen waren u. a. die Rahmenbedingungen für familienbezogene Arbeit in Sachsen-Anhalt.

Im Rahmen ihrer Arbeit als Vertretung der Landesfamilienverbände sucht die LAGF Gespräche mit Fraktionsvertreterinnen und Vertretern (Einrichten eines familienpolitischen Stammtisches) und Präsenz in allen maßgeblichen Gremien und Ausschüssen.

Klaus Roes
Geschäftsführer

eaf Thüringen

Familienpolitische Entwicklungen in Thüringen

Umsetzung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes: Mit der Umsetzung des novellierten ThürKitaG (ab August 2010) haben viele Kommunen die Gelegenheit genutzt, die Gebührenbeiträge der Eltern für die Kindertagesstättenbetreuung massiv zu erhöhen. Die Ausfinanzierung der Kindertagesstätten, ausgehend vom Thüringer Kultusministerium, erfolgt über das Innenministerium und den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) an die Kommunen und Gemeinden. Vor Ort obliegt es aber den Kommunen und Gemeinden, wie sie diese Mittel tatsächlich einsetzen und wie die Schwerpunktsetzung zugunsten von Familien passiert.

Bildung/Schule: Mit der Novellierung des Thüringer Schulgesetzes wurde die Gemeinschaftsschule in die Schullandschaft eingeführt. Landesweit befinden sich inzwischen neun Gemeinschaftsschulen in der Pilotphase. Die Thüringer Gemeinschaftsschule steht für das gemeinsame Lernen bis Klasse 8 und die Möglichkeit, an einer Schule alle Abschlüsse absolvieren zu können. Im Nachgang zur Änderung des ThürSchulG beteiligte sich die eaf Thüringen auch an den Anhörungen zur Änderung der Thüringer Schulordnung. Wichtige Neuerungen dabei sind u. a. Änderungen für eine stärkere Elternbeteiligung, begleitendes Worturteil bei der Leistungseinschätzung am Schuljahresende, Aufhebung der Versetzungsentscheidung in den Klassenstufen 3, 5 und 7.

Modellprojekt „Die Kindertagesstätte als Eltern-Kind-Zentrum“: Im Februar 2011 wurde von den zuständigen Ministerien ein Fachbeirat mit der Aufgabe der Erarbeitung eines Konzeptes zur Entwicklung von Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren berufen. Darüber hinaus ist die modellhafte Umsetzung des Projektes mit wissenschaftlicher Begleitung und Auswertung geplant. Mit den Eltern-Kind-Zentren sollen Schnittstellen zwischen Kindertagesbetreuung, Familienbildung und -beratung vor Ort geschaffen werden.

Aus der Arbeit der eaf Thüringen

Unsere plötzlich schwer erkrankte langjährige Mitarbeiterin der Geschäftsstelle Elke Bethke, persönliches Mitglied im Landesarbeitskreis verstarb am 12. Juni 2011.

Das Jugendhaus Reinhardsbrunn, Mitglied der eaf Thüringen, wurde im letzten Jahr von einem anderen Träger übernommen und Ende 2010 geschlossen.

Seit Januar 2011 hat die eaf Thüringen, d. h. die Vorsitzende Gundula Bomm, den Vorsitz im Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen (AKF e. V.). Im Januar 2011 wurden die erarbeiteten Rahmenpunkte für Qualitätsmerkmale für Familienverbände in Thüringen verabschiedet. Im Blickpunkt stehen jetzt die Qualitätsmerkmale für Familien- und Elternbildung im Spannungsfeld der Gesetzgebung von Kinder- und Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung.

Familienpolitische Gespräche mit den Fraktionen des Thüringer Landtages fanden von Januar bis März 2011 statt mit dem Ziel, die Verbandsarbeit mit Schwerpunkten und Positionen der eaf Thüringen vorzustellen und für familienbezogene Themen zu sensibilisieren. Zudem sollte die Vernetzung gefördert werden. Die eaf tauschte sich zu aktuellen familienpolitischen Problemen aus und gab Stellungnahmen ab.

Das im vergangenen Jahr durchgeführte Projekt des Beirates für familienbezogene Arbeit in der EKM und dem Bund Evangelischer Jugend in Mitteldeutschland „Wege aus der Armut“ - Projekte und Initiativen gegen Familien- und Kinderarmut in EKM“ wurde beendet und ausgewertet. Auf der Basis dieser Auswertung wird es 2011 ein Folgeprojekt geben zur fachlichen Unterstützung der Mitarbeiter/innen und Teams der Projekte vor Ort.

Die Mitgliederversammlung verabschiedete am 12. Mai 2011 Dr. Aribert Rothe von der Ev. EB Thüringen (EEBT) aus dem Vorstand der eaf.

Martin Gebhardt, Vorsitzender der Geschäftsbereichsleitung Altenhilfe der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein gem. GmbH, und Johannes Beleites, Studienleiter für politische Jugendbildung an der Ev. Akademie Thüringen, wurden als neue Beisitzer in den Vorstand der eaf gewählt.

Am 12. Mai 2011 zum Internationalen Tag der Pflegenden fand das Fachgespräch der eaf Thüringen „Ist Pflege in der Familie leistbar?“ statt mit Vertreter und Vertreterinnen aus der professionellen und privaten Pflegepraxis, aus Politik, aus Wissenschaft und Lehre.

Im Sommer nahm das Projekt „Verbund Ev. Elternbildung in Thüringen“ in Kooperation von eaf und Erwachsenenbildung seine Arbeit auf, mit dem Ziel evangelische Eltern- und Familienbildung in Thüringen zu fördern.

In Kooperation mit der eaf Sachsen-Anhalt e. V. und dem Diakonischen Werk in Mitteldeutschland wurde der von der AG Ev. Erwachsenenbildung in Bayern e. V. (AEEB) entwickelte Elternkurs „Auf eigenen Beinen stehen“ gestartet.

Ute Birckner
Geschäftsführerin

eaf württemberg

Klausur des Vorstandes der eaf Württemberg 2010

Im April traf sich der Vorstand der eaf württemberg zur gemeinsamen Klausur in Schwäbisch Gmünd. Aufgabe der Klausur war, die zukünftigen Inhalte und Schwerpunkttätigkeiten der eaf württemberg festzulegen sowie die Struktur der eaf zu überprüfen und auch eine größere Bekanntheit durch z. B. verbesserte Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen.

Ergebnisse waren:

- Festlegung und verstärkte Aktivitäten zum Thema Armut und Bildung der eaf in den kommenden Jahren
- Erneuerung der Öffentlichkeitsmaterialien zur verbesserten Darstellung der eaf württemberg
- Gewinnung von mehr engagierten Mitgliedern z. B. für die Mitgliederversammlung.

Fertig gestellt wurden inzwischen das Thesenpapier zu Armut und Bildung sowie ein Flyer mit Aufgaben, Zielen und Anliegen der eaf württemberg. Diese sind auf der Homepage der eaf württemberg unter www.eaf-wue.de zum download bereit.

Öffentlichkeitsaktion zum Thema Pflege

Gemeinsam mit Geschäftsführer Eberhardt Mayer der Landesarbeitsgemeinschaft Senioren hat die eaf württemberg auf der Königsstraße in Stuttgart im Juli 2010 zum Thema Pflege eine Aktion durchgeführt, in der große Würfel mit kurzen Sätzen die Passanten auf das Thema häusliche Pflege „aufmerksam“ machen sollten. Leider war die eingesetzte Methodik der Aktion bedingt erfolgreich. Es gab Passanten, die (etwas länger) stehen geblieben sind, diese Sätze gelesen haben und auch bereit waren, ein kurzes Gespräch mit uns zu führen. Die meisten der Passanten gingen relativ schnell weiter oder meinten, dieses Thema interessiere sie nicht – ein wenig erfreuliches Ergebnis.

Familienpolitik des Landes Baden-Württemberg

Landesfamilienrat

Die eaf württemberg ist im erweiterten Vorstand des Landesfamilienrats vertreten. Darüber hinaus arbeitete sie 2010 in drei Ausschüssen mit: im Fachausschuss „Familie und Bildung“, in deren Unterausschüsse „Familie und Schule“ sowie „Familie und Pflege“.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit mit und für Familien engagiert sind. Der Landesfamilienrat hat im Jahr 2010 mehrere Grundsatzpapiere in intensiver Fachgruppenarbeit verfasst, Tagungen zu den unterschiedlichen Themen angeboten und ist Gesprächspartner für neue Förderprogramme:

„Familien fördern - Kinder schützen“ - Positionspapier zum **Kinderschutz**

Der Landesfamilienrat beteiligte sich an der allgemeinen Bildungsdiskussion und hat ein Positionspapier mit zentralen Thesen zur Schule aus Familiensicht in einer Broschüre **„Familie und Schule“** veröffentlicht. Dieses Thema wurde auch für eine Fachveranstaltung vor der Landtagswahl im März 2011 aufgegriffen, um die Positionen mit den Landtagskandidaten der Fraktionen zu erörtern.

Kommission/Landesarbeitsgemeinschaft Familienbildung

Auf Anregung und mit finanzieller Unterstützung des Sozialministeriums soll ein Arbeitszusammenschluss (Forum/Netzwerk) Familienbildung Baden-Württemberg eingerichtet werden. Zur Konzeptentwicklung im Zeitraum von 2010 bis 2011 sind Mittel durch das Sozialministerium bereitgestellt. Dieses Forum/Netzwerk soll direkter Ansprechpartner des Ministeriums zu allen Themen der Familienbildung sein. Hier könnte dann z. B. die Begleitung des Programms STÄRKE angesiedelt werden. Im Wesentlichen werden die Vertretungen im Netzwerk dieselben Verbände sein, wie sie auch im Ausschuss Familie und Bildung vertreten sind. Zusätzlich aufgenommen werden u. a. Vertretungen aus Kultusministerium, Wirtschaftsministerium.

Stiftung Kinderland

Gemeinnützige Erziehungs- und Bildungsprojekte, gefördert durch die Stiftung Kinderland, sollen dazu beitragen, dass Kinder und Familien optimale Lebens- und Entwicklungschancen in Baden-Württemberg vorfinden. Dazu gehören Bildungsprojekte in Kindergärten, als und andere Modellvorhaben.

Landesprogramm Stärke

Das Landesprogramm „Stärke“ zur Eltern- und Familienbildung möchte mit einem Gutschein von 40 € pro Elternpaar eines Neugeborenen die Elternkompetenz stärken. „Stärke“ legt den Fokus auf das erste wichtige Lebensjahr und wird von vielen Bildungsträgern und Verbänden in Baden-Württemberg benutzt.

Kindermedienland Baden-Württemberg

Diese Initiative des Landes Baden-Württemberg möchte die Stärken und Schwächen der modernen Medien für Kinder und Jugendliche aufzeigen. Insbesondere sollen Kinder aus Migrationsfamilien erreicht werden. Aktuell wird ein Internetportal aufgebaut: (www.kindermedienland-bw.de).

Sonderausschuss „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden“

Der Landtag Baden-Württemberg hat einen Sonderausschuss einberufen, der sich mit den Ursachen, Abläufen und Konsequenzen in Winnenden vom 11. März 2009 befasst.

Agenda für Vereinbarkeit, Bildung und Beruf

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, hat die Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände eine Agenda zur Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung unterzeichnet. Im Mittelpunkt steht das Projekt Fa.i.B.Le. (Familie in Beruf und Leben) mit mehreren Modulen, u. a. TECHNolino - Frühkindliche Förderung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften etc.; Kooperation Kindergarten-Schule-Eltern; Koordinierungsstelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (familyNet).

Runder Tisch „Integration gemeinsam schaffen“

Der Runde Tisch wurde eingerichtet, um Eltern mit Migrationshintergrund besser zu erreichen, damit die Bildungserfolge der Kinder positiv unterstützt werden können. Nach Abschluss des Verfahrens wurden - orientiert am Flächenplan der Regierungsbezirke in Baden-Württemberg - Bildungsberaterpools geschaffen, die die Regionen vor Ort fachlich und organisatorisch unterstützten und beraten.

Sozialministerium Baden-Württemberg

Eine eingerichtete Arbeitsgruppe beim Sozialministerium „Wohlbefinden der Kinder nach Trennung und Scheidung“ hatte zur Aufgabe, ein Rahmenkonzept zu entwickeln, welches an Hand der verschiedenen (Eskalations-)Stufen bei Trennung und Scheidung von Familien notwendige Unterstützungsparameter der Kinder durch Begleitung, Beratung und Betreuung aufzeigen soll. Hier wurden entsprechende thematische Bausteine konzipiert, die sich an der Belastungssituation der Familien orientieren ein Gesamtkonzept entwickelt und in das Förderprogramm „Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg“ eingereicht. Eine Entscheidung der Förderung steht noch aus.

Dietmar Lipkow
Geschäftsführer